

# Welt Trends

Das außenpolitische Journal

## USA: Zerrissene Weltmacht

Außenpolitik und Wahlen?  
Demokraten im Aufwind?  
Republikaner: Partei ohne Mitte  
Stillstand nach den Wahlen?

### WeltBlick

Nachrufe für Gorbatschow  
Verfassungsreform in Belarus  
Sierra Leones Ausverkauf

### Historie

Karibik-Krise im Oktober 1962

### Kommentar

Geopolitisches Wunschdenken

ISSN 0944-8101 | 5,80 €  
ISBN 978-3-947802-91-3



4

191574

105805



20192

**PRESSEVIELFALT  
SCHÜTZT DEINE  
MEINUNGSFREIHEIT.**



## Zeitschriftenverleger gemeinsam für Pressefreiheit

# VDZ

Verband Deutscher  
Zeitschriftenverleger



„*We don't care about your problems. We have enough problems of our own*“, sagte mir ein Professor bei meiner letzten Reise in die USA. Das war 2018. Seitdem haben sich die Krisen verschärft: Entfremdung, Polarisierungen, Sturm auf das Kapitol, Trumpismus, und Kulturkämpfe über Abtreibungen und Rassismus. Die USA sind eine zerrissene Weltmacht. US-Präsident Joe Biden wirkt angeschlagen. Der US-Politologe Michael Mandelbaum charakterisiert in *The Four Ages of American Foreign Policy* (2022) die Machtzyklen: *schwache Macht* (1765-1865), *Großmacht* (1865-1945), *Supermacht* (1945-1990) und *Hypermacht* (1990-2015). Und jetzt eine Weltmacht im Niedergang in einer multipolaren Welt? Zudem finden am 8. November 2022 die Kongresswahlen statt. Im *Themenschwerpunkt* beleuchtet Gastherausgeber Klaus Larres die Frage, welche Rolle die US-Außenpolitik dabei spielt. „Die Chancen der Republikaner das Abgeordnetenhaus zu erobern, stehen nicht schlecht“, schreibt Christiane Lemke über eine radikalisierte Partei ohne Mitte, aber mit Trump als Strippenzieher. Michael Kolkmann zufolge wird die größte Herausforderung für die Demokraten sein, sich gegen die Statistik zu behaupten. Ist die stolze US-Demokratie in Gefahr? Mit dem politischen Stillstand auch nach den Wahlen befasst sich John B. Judis.

Der Ukrainekrieg wütet. Die Gefahren nehmen zu. Orientierung ist gefragt. Bekanntlich gilt die Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens. Im *WeltBlick* thematisiert Hubert Thielicke den Atomwaffensperrvertrag. Und in der *Historie* erinnert Raimund Krämer an die Karibik-Krise 1962, als die Welt am nuklearen Abgrund stand. Zwar stieg das Bewusstsein um die Gefahren im Atomzeitalter, jedoch blieb der „Irrsinn des nuklearen Wettlaufs“. Die Aktualität der Lehren aus dieser Krise der Weltpolitik sollte beherzigt werden. Ist das möglich? Oder behält Hegels Diktum „Wir lernen aus der Geschichte, dass wir überhaupt nichts lernen“, seine Gültigkeit? Der Tod Michail Gorbatschows, der in *Nachrufen* gewürdigt wird, könnte ein Weckruf sein. Damals, bemerkte Gorbi, seien wir vom „Imperium des Bösen zum Partner avanciert.“ Ob das mit Putins Russland gelingen kann, darf zurzeit bezweifelt werden. 🌐

Potsdam, im September 2022



Majd El-Safadi, *WeltTrends*-Redakteur



## 4

### WeltBlick

- 4 Nukleares Nichtverbreitungsregime in Not?  
*Hubert Thielicke*
- 9 Lukaschenkos Spiel mit der Demokratie  
*Valery I. Karbalevich*
- 14 Der Ausverkauf von Sierra Leone  
*Georges Hallermayer*



## 19

### Nachrufe: Michail Gorbatschow

- 19 Das nüchterne Denken  
*Hans-Heinrich Nolte*
- 22 Who was Mr. Gorbachev really?  
*Alexander Rahr*



## 26

### Thema: Midterms – Wahlen in den USA

- 26 Welche Rolle spielt die Außenpolitik?  
*Klaus Larres*
- 32 Partei ohne Mitte:  
Die Lage der Republikanischen Partei  
*Christiane Lemke*
- 38 Die Demokratische Partei vor den Zwischenwahlen  
*Michael Kolkmann*
- 44 Stillstand auch nach den Wahlen?  
*John B. Judis*



## Impressum

51

## Analyse

54

Russland: Hegemon, Imperium  
oder ganz normaler Nationalstaat?  
*Hans-Heinrich Nolte*



## Historie

60

Am nuklearen Abgrund  
Die Karibik-Krise im Oktober 1962  
*Raimund Krämer*



## Bücherschau

66

*Vom Zustand der USA und der Geschichte einer Nation*

## Geopolitisches Wunschdenken

70

*Kommentar von Erhard Crome*

## Wort & Strich

72

## Nukleares Nichtverbreitungsregime in Schwierigkeiten?

Hubert Thielicke

Die 10. Überprüfungskonferenz des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen endete am 26. August in New York ohne substanzielles Schlussdokument. Die Tagung spiegelte die derzeitige krisenhafte Lage im Hinblick auf Sicherheit und Abrüstung wider. Als wichtiges Problem erwies sich die Lage um das ukrainische Kernkraftwerk Saporischschja. Eine insbesondere von der Ukraine und westlichen Staaten dazu vorgeschlagene Formulierung lehnte Russland ab.

Noch nie hat eine Konferenz zur Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (*Non-Proliferation Treaty – NPT*) unter derart schwierigen Bedingungen stattgefunden. Die Einstellung einer Reihe von Vereinbarungen zu Vertrauensbildung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in den letzten Jahren und schließlich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mit dem Beschuss und der Besetzung ukrainischer Atomanlagen warfen einen langen Schatten auf die Tagung. Die Verlängerung des New START-Vertrages im Jahr 2021 und die am 3. Januar 2022 von den fünf NPT-Kernwaffenstaaten (P 5) abgegebene gemeinsame Erklärung, ein Kernwaffenkrieg könne nicht gewonnen und dürfe nie geführt werden, hatten zunächst eine gewisse Hoffnung geweckt.

Die Konferenz sei gescheitert, da kein Schlussdokument verabschiedet wurde, hieß es von verschiedenen Seiten nach der Konferenz. Russland hatte einen Konsens wegen einiger Passagen des vom Konferenzvorsitzenden Botschafter Gustavo Zlauvinen (Argentinien) nach langen Verhandlungen vorgelegten Schlussdokuments abgelehnt. Dabei ging es vor allem um die Ereignisse am ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja. Insbesondere die westlichen Kernwaffenstaaten und ihre Verbündeten hatten gemeinsam mit Kiew auf eine für Moskau nicht akzeptable Formulierung für den Entwurf des Schlussdokuments gedrängt. Ob nun die westlichen Delegationen genügend Unterstützung für diese Position mobilisieren konnten oder die russischen Diplomaten in den Verhandlungen nicht flexibel genug waren, sei dahingestellt. Jedenfalls sahen sich



Werden die Nuklearwaffen auch so entsorgt? UN-Hauptquartier in New York, wo die 10. NPT-Überprüfungskonferenz stattfand

letztere schließlich gezwungen, den Entwurf des Schlussdokuments insgesamt abzulehnen.

Die Mehrheit der blockfreien Staaten hielt sich mit Rücksicht auf Russland offensichtlich in dieser Frage zurück, wie beispielsweise die von Aserbaidschan am 1. August im Namen der Blockfreien abgegebene Erklärung verdeutlichte. Für diese Staatengruppe stand die Forderung nach nuklearer Abrüstung im Mittelpunkt. Das in Artikel VI des NPT enthaltene Ziel wird neben der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der friedlichen Nutzung der Atomenergie als eine der drei „Säulen“ des Vertrages angesehen. Die blockfreien Länder betrachten den Artikel als wichtiges Mittel, um die dem NPT angehörenden fünf Kernwaffenstaaten – China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA – unter Druck zu setzen. Diese wiederum halten an der nuklearen Abschreckung und dem Besitz von Kernwaffen fest. Dabei sehen sich die westlichen Kernwaffenstaaten als „verantwortungsvolle Hüter“ von Kernwaffen.<sup>1</sup>

1 Vgl. NPT/CONF.2020/WP.70, von Frankreich, Großbritannien und den USA am 29. Juli 2022 vorgelegtes Arbeitspapier „Principles and responsible practices for Nuclear Weapon States.“



## Breite Unterstützung für Kernwaffen-Verbotsvertrag

Dem 1970 in Kraft getretenen NPT gehören heute 191 Staaten an. Überprüfungskonferenzen finden alle fünf Jahre statt. Die ursprünglich für 2020 geplante Konferenz wurde wegen der Corona-Pandemie mehrmals verschoben und fand schließlich vom 1. bis 26. August im UN-Hauptquartier in New York statt.

Die NPT-Überprüfungskonferenzen endeten durchaus nicht immer mit einem substanziellen Schlussdokument; so z.B. in den Jahren 2005 und 2015, als die nukleare Abrüstung Hauptstreitpunkt war. Demgegenüber kam es 1995, 2000 und 2010 zu aussagekräftigen Schlussdokumenten; im Jahr 1995 beschlossen die Vertragsstaaten unter anderem Prinzipien und Ziele für nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung wie auch die unbefristete Verlängerung des NPT.

Die mangelnden Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung waren ein wichtiger Grund für die Initiative Mexikos, Österreichs und weiterer Staaten zum Abschluss des Vertrages über das Verbot von Kernwaffen (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW*), der am 22. Januar 2021 in Kraft trat.<sup>2</sup> Auf der 10. NPT-Überprüfungskonferenz spielten der TPNW wie auch die Beschlüsse des ersten Treffens der Vertragsstaaten (Wien, 21.- 23. Juni 2022) eine wichtige Rolle. Grundsätzlich lehnt die NATO den TPNW ab, trotzdem sahen sich einige Mitglieder wie Deutschland, Belgien, die Niederlande und Norwegen veranlasst, am ersten TPNW-Treffen als Beobachter teilzunehmen.<sup>3</sup> Allerdings betonte Deutschland, dass sich damit seine ablehnende Position zum TPNW nicht ändere.

Im Namen von 66 den TPNW unterstützenden Staaten erklärte Mexiko am letzten Tag der Konferenz, dass der Entwurf des Schlussdokuments zwar auf die unakzeptablen humanitären Folgen und Risiken der Kernwaffen verweise, jedoch weit hinter der Dringlichkeit nuklearer Abrüstung zurückbleibe. Der Verbotsvertrag sei der deutlichste Ausdruck des Strebens nach Nichtverbreitung und einer Welt ohne Kernwaffen.

2 Vgl. Hubert Thielicke (2021): Verbot für Kernwaffen – und Deutschland? In: WeltTrends, Nr. 172, Februar 2021, S. 4- 8. Stand am 30. August 22: 86 Unterzeichnerstaaten, davon hatten 66 den TPNW ratifiziert.

3 Vgl. Doc. TPNW/MSP/2022/6 vom 21. Juni 2022, S. 4.



## Der Entwurf des Schlussdokuments – eine Enttäuschung

Trotz der oben erwähnten Auseinandersetzungen vertrat Russland hinsichtlich der nuklearen Fragen, wie z.B. nukleare Abschreckung oder Modernisierung der nuklearen Arsenale, im Grunde ähnliche Positionen wie die westlichen Kernwaffenstaaten, hielt sich offiziell nur stärker zurück. Letztlich gelang es den westlichen Kernwaffenstaaten und ihren Verbündeten, Forderungen der Blockfreien im Entwurf des Schlussdokuments abzuschwächen. So gab es nur eine allgemeine Formulierung zum TPNW, während die nukleare Teilhabe schon bald gestrichen wurde. China war bemüht, weitgehende Übereinstimmung mit den Blockfreien zu demonstrieren. Während die chinesische Delegation das von Australien, Großbritannien und den USA abgeschlossene Militärbündnis AUKUS scharf kritisierte, heißt es in Paragraph 36 des oben genannten Entwurfs nur lapidar, die Frage des Nuklearantriebs bei Kriegsschiffen solle „Gegenstand des Dialogs“ werden, darunter mit der IAEA.

Kein Wunder also, dass für viele Staaten, ausgenommen die Kernwaffenmächte und ihre Verbündeten, der Entwurf des Schlussdokumentes eine tiefe Enttäuschung darstellte, wie die NGO-Abrüstungsexpertin Ray Acheson betonte. Russland sei nicht der einzige Staat gewesen, der die Konferenz zum Scheitern gebracht habe.<sup>4</sup> Sogar wenn Russland flexibler im Hinblick auf die Einschätzung der Saporischschja-Krise gewesen wäre, so zeige der Entwurf dennoch, dass der NPT zwar allgemeine Unterstützung genieße, es jedoch an Führung (*leadership*) fehle, so jedenfalls Daryl G. Kimball, Exekutivdirektor der US-amerikanischen Arms Control Association. Die 10. Überprüfungskonferenz war seiner Meinung nach eine verpasste Gelegenheit zur Stärkung des NPT durch einen spezifischen Aktionsplan mit Zeitfristen, um den wachsenden Gefahren des nuklearen Wettrüstens und der Anwendung von Kernwaffen zu begegnen.<sup>5</sup>

4 Vgl. Ray Acheson (2022): The Monstrous Game of Nuclear Annihilation, vgl. <https://www.transcend.org/tms/2022/08/the-monstrous-game-of-nuclear-annihilation/>.

5 Vgl. Arms Control Association (2022): NPT Review Outcome Highlights Deficit in Disarmament Diplomacy, Divisions Between Nuclear Rivals, vgl. <https://www.armscontrol.org/aca-press-releases/2022-08/npt-review-outcome-highlights-deficit-disarmament-diplomacy>.

## Fazit

Der Nichtverbreitungsvertrag ist – trotz aller Probleme – ein wichtiger Bestandteil des internationalen Rüstungskontrollsystems. Eine wachsende Rolle in den Auseinandersetzungen um nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung wird aber auch der TPNW spielen. Immerhin beginnt bereits im nächsten Jahr die Vorbereitung der für 2026 geplanten nächsten NPT-Überprüfungskonferenz. Zu den Ergebnissen der jüngsten Konferenz gehört in gewisser Weise auch die IAEA-Mission im von Russland besetzten Atomkraftwerk Saporischschja. Die Aussichten für die Wiederherstellung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans zum iranischen Atomprogramm scheinen sich in jüngster Zeit ebenfalls verbessert zu haben. 



**Dr. Hubert Thielicke**

geb. 1949, Botschaftsrat a.D., Politikwissenschaftler, Mitglied des *WeltTrends*-Beirates

*thielicke@pr-medienberatung.de*

## ANZEIGE



**WeltTrends 174 | April 2021**

### **Aufrüstung und die Folgen?**

2019 wurden weltweit 1.917 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Das Thema beschäftigt sich mit diesem Rüstungswahnsinn und seinen Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Klima. Im Forum wird die Debatte zu „Russland in der Weltpolitik“ geführt. Im Weltblick geht es um die Entwicklungen in Südamerika und den Zweiten Karabachkrieg.

WeltTrends, Potsdam 2021 | ISBN 978-3-947802-61-6

# Lukaschenkos Spiel mit der Demokratie

Verfassungsreform in Belarus

Valery I. Karbalevich

Unmittelbar nach dem Angriff russischer Truppen auf die Ukraine wurde in Belarus ein Verfassungsreferendum abgehalten. Präsident Lukaschenko versucht die Sicherung der eigenen Macht mit dem Anschein demokratischer Reform zu verbinden.

Dem Verfassungsentwurf Lukaschenkos stimmten am 27. Februar 2022 nach Angaben der belarussischen Wahlkommission 83 Prozent der Wähler zu. Die Wahlbeteiligung lag diesen Angaben zufolge bei 79 Prozent. Paradoxerweise zeigten weder Regierung noch Opposition oder andere zivilgesellschaftliche Akteure besonderes Interesse an der Verfassungsreform. Lukaschenko drückte am 18. Januar seine Haltung dazu mit folgendem Satz aus: „Um ehrlich zu sein, brauche ich diesen Prozess absolut nicht“. Und das ist glaubwürdig. Die Behörden hatten versprochen, den Entwurf bis Sommer 2021 der Öffentlichkeit vorzustellen. Letztlich geschah dies erst im Dezember 2021. Selbst Beamte, denen das Dokument im Vorfeld zur „Diskussion“ vorgelegt worden war, zeigten sich nach dem Ausgang der Wahl überrascht, da sie offenbar nicht von einem Erfolg des Referendums ausgegangen waren.

Ursprünglich ging es bei der Verfassungsreform um einen kontrollierten Machtübergang. Lukaschenko versicherte wiederholt, dass die neue Verfassung nicht für ihn, sondern für den neuen Präsidenten sei. Der Verfassungsentwurf sieht die Schaffung eines neuen Staatsorgans vor. Die *All-belarussische Volksversammlung* (VNS) soll mit exekutiven, legislativen und judikativen Funktionen sowie verbindlicher Entscheidungskompetenz ausgestattet werden. Die Delegierten werden von zentralen und lokalen Regierungsbehörden ernannt. Es wird vermutet, dass Lukaschenko die Absicht hat, den VNS nach seiner Schaffung zu leiten, um damit Kontrolle über den zukünftigen Präsidenten ausüben zu können.

## Lukaschenko festigt seine Autokratie

Die Pläne zur kontrollierten Machtübertragung wurden offenbar verworfen. Lukaschenko will bis zum Ende der laufenden Amtszeit im Jahr



2025 an der Macht bleiben. Artikel 143 der neuen Verfassung sieht zwar eine Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Wahlperioden vor. Allerdings tritt diese Beschränkung erst mit dem Amtsantritt des neu gewählten Präsidenten in Kraft. Damit könnte Lukaschenko für weitere zehn Jahre regieren. Unklar ist, ob er diese Möglichkeit nutzen wird.

Eine paradoxe Situation entstand: Die Verfassungsreform, die mit dem Ziel einer geordneten Machtübertragung entworfen wurde, ist nun für Lukaschenko sinnlos geworden, da er sich offenbar anders entschieden hat. Er will bis 2025 weiterregieren. Es wäre im Interesse des Präsidenten gewesen, das Referendum zu verschieben. Aber die Maschinerie zur Durchführung der Verfassungsreform war bereits gestartet und gewann an Schwung. Möglicherweise ist es der Trägheit Lukaschenkos geschuldet, dass an den Plänen trotz veränderter Rahmenbedingungen festgehalten wurde. Vielleicht spielt auch die Angst der Regierung vor weiteren Unruhen eine Rolle. Darüber hinaus gibt es offenbar ein Versprechen an Putin, ihn zu unterstützen.

Lukaschenko wird die neue Verfassung nun anwenden müssen. Er muss bis 2025 mit eingeschränkten Befugnissen regieren. Für die Ausarbeitung eines Gesetzes zur *Allbelarussischen Volksversammlung* wurde eine Übergangsfrist von einem Jahr festgesetzt. Auch für die Auswahl der Delegierten wird noch einige Zeit benötigt. Bis dahin bleiben die alten Befugnisse des Präsidenten bestehen. Artikel 144 der neuen Verfassung entlarvt die ursprünglichen Motive Lukaschenkos: „Um die ordnungsgemäße Arbeit der VNS zu organisieren, kann der Präsident, der dieses Amt zum Zeitpunkt der Verfassungsänderungen innehat, zum Vorsitzenden der VNS gewählt werden.“

Damit würde Lukaschenko seine bisherige Machtfülle erhalten. Die autokratische Macht wird aber auf zwei neue Machtzentren verteilt. Teile der präsidentialen Kompetenzen werden dem VNS übertragen. Ursprünglich hatte Lukaschenko das neue Verfassungsdesign mit dem Ziel des Machtübergangs entworfen. Nun muss es zum Zwecke der eigenen Machterhaltung umfunktioniert werden. Von außen erscheint es surreal und erinnert an Sowjetzeiten. Erinnert sei an Leonid Breschnew, der den Posten als Generalsekretär der KPdSU aus gesundheitlichen Gründen abgeben musste, zeitgleich jedoch den Präsidiumsvorsitz des Obersten Sowjets des UdSSR übernahm. Am Anfang seiner Herrschaft versprach Lukaschenko, den Geist der Sowjetzeit wiederzubeleben. Das gelang, jedoch in Form einer Karikatur.



Minsk, 9. Mai 2019: Lukaschenko bestärkt sein Militär

Weitere Bestimmungen des Verfassungsentwurfs weisen auf eine Verschiebung von Parlaments- und Kommunalwahlen auf das Jahr 2024 hin. Zukünftige Präsidentschaftskandidaten müssen die letzten 20 Jahre in Belarus gelebt haben. Vertreter der Opposition sind von den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen. Zudem wurde die Möglichkeit geschaffen, politischen Gegnern die Staatsangehörigkeit zu entziehen.

### Monopol der Staatsideologie

Artikel 4 der Verfassung formuliert einen Vorrang der „Ideologie des Staates“, während gleichzeitig die „Vielfalt politischer Institutionen und Meinungen“ als Grundlagen des belarussischen Staates betont werden. Hier besteht ein klarer Widerspruch: Eine demokratische Gesellschaft, welche die Vielfalt der Meinungen und die wechselseitige Kontrolle der politischen Institutionen garantiert, muss konsequenterweise auf einen verfassungsrechtlichen Vorrang einer „Staatsideologie“ bzw. der Regierung verzichten. Die Kontrolle über das geistige Leben der Gesellschaft ist eines der wichtigsten Kennzeichen des Totalitarismus. Staatsideologie und demokratische Meinungsfreiheit stehen in fundamentalem

Gegensatz. In der Verfassung der UdSSR stand, dass politische Rechte und Freiheiten nur „zur Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems“ „in Übereinstimmung mit den Zielen des kommunistischen Aufbaus“ (garantiert werden). Dissens war auf verfassungsrechtlicher Ebene verboten. Diese tot geglaubten Vorstellungen wurden in Lukaschenkos Belarus wiederbelebt.

### Keine Legitimation des Regimes

Für die Legitimation der Herrschaft Lukaschenkos ist das Referendum bedeutungslos. Der Westen wird es nicht anerkennen, Russland wird dies in jedem Fall. Für Lukaschenko ist die Legitimation seiner Herrschaft gegenüber der Gesellschaft nicht von Bedeutung, da er seinen Gegner die Zugehörigkeit zum „Volk“ bzw. zur Wählerschaft ohnehin abspricht. Seine Unterstützer werden das Referendum akzeptieren. Für sie ist der Wahlprozess ein Ritual mit vorherbestimmtem Ergebnis.

Die Behörden versuchten nicht einmal vorzutäuschen, dass es eine offene Diskussion des Verfassungsentwurfes gegeben hätte. Die Bevölkerung hatte gerade einmal drei Wochen Zeit für eine Diskussion des Entwurfes, und das auch noch ausgerechnet in der Zeit zwischen dem orthodoxen Weihnachtsfest, Neujahr und dem Kriegsbeginn. Nicht viele der Wähler werden in diesen turbulenten Tagen die Zeit gehabt haben, sich mit dem Verfassungsentwurf zu beschäftigen. Zudem wurde den Wählern nicht der gesamte Verfassungstext vorgelegt, sondern lediglich die Änderungen der geltenden Verfassung. Um diese zu verstehen, hätten die Wähler den alten Verfassungstext als Vergleich heranziehen müssen. In der Konsequenz hieß das für viele Bürger, dass sie ohne genaue Kenntnis über den Entwurf entscheiden mussten.

Beim Referendum waren weder unabhängige inländische Wahlbeobachter noch Beobachter der OSZE anwesend. Die Zusammensetzung der Bezirkswahlkommissionen war geheim. Die Vorhänge an den Wahlkabinen wurden entfernt. Neben massiver Polizeipräsenz waren auch 5.000 Mitglieder des „Ministeriums für Notsituationen“ zur Sicherung des Referendums mobilisiert worden. Zudem waren auch russische Truppen anwesend. Es ergab sich eher das Bild eines großangelegten Polizeieinsatzes statt eines Wahlkampfes.

## Oppositionelle Aktionen

Der Opposition ist es nicht gelungen, eine einheitliche Taktik für das Referendum zu entwickeln. Für das Referendum zu votieren, bedeutete aus oppositioneller Sicht eine Legitimation der Regierung Lukaschenko. Eine Ablehnung des Referendums würde die Beibehaltung der alten Verfassung zur Folge haben. Aufrufe zum Boykott wurden als aussichtslos angesehen. Die Opposition rief dazu auf, die Wahlzettel ungültig zu machen. Offenbar wurden auch Gegner Lukaschenkos mobilisiert. Es wurden Parolen gegen den Krieg in der Ukraine skandiert. Generell lässt sich sagen, dass der Krieg das Referendum der öffentlichen Debatte in den Schatten gestellt hat. In Belarus fanden eine Vielzahl von Demonstrationen statt, aber nicht gegen das Referendum, sondern gegen den Krieg. Das Regime reagierte hart, fast 800 Menschen wurden festgenommen. 🌐

### Dr. Valery Ivanovich Karbalevich

geb. 1955, Politikwissenschaftler, Dozent an der Belorussischen Staatlichen Universität in Minsk (1986), Experte des Analysezentrum „Strategie“, Politischer Kolumnist, Autor von „Alexander Lukaschenko. Ein Politisches Porträt“ (2010)

Karbalevich@gmail.com



*Vom Autor in WeltTrends:*

*Ein Land verändert sich, Revolution in Belarus. In: WeltTrends Nr. 170, Dezember 2020, S. 4-8.*

*Belarus: Massenproteste beendet, politische Krise hält an. In: WeltTrends Nr. 176, Juni 2021, S. 4-8.*



## Sierra Leone: Zu einem Viertel von Multis aufgekauft

Georges Hallermayer

Sierra Leone ist ein kleines Land in Westafrika am Golf von Guinea, ein wenig größer als Bayern. Unter den Ländern des subsaharischen Afrikas ist es eines der ärmsten und, gemessen am Pro-Kopf-BIP von 526 US-Dollar, eines der am wenigsten entwickelten Länder überhaupt. 77 Prozent der siebeneinhalb Millionen Einwohner müssen mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag auskommen. 63 Prozent leben auf dem Land in ländlicher Subsistenzwirtschaft, also von dem, was ihr Stück Boden hergibt, den in erster Linie die Frauen bearbeiten. Hinzu kommen die Folgen der Klimaveränderungen: Die 400 Kilometer lange Küste erodiert um einige Meter pro Jahr und die Sahelzone zieht immer weiter nach Süden.

Wie konnte es so weit kommen? Neokoloniale Kreditbedingungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds haben den Weg geebnet. So haben sich bis heute multinationale Konzerne aus Bergbau und Agrarindustrie ein Viertel des gesamten Landes, genauer gesagt 24,8 Prozent der Fläche (1,7 Millionen Hektar)<sup>2</sup> unter den Nagel gerissen. Allein vom fruchtbaren Ackerboden haben sich die Agrarmultis zum Anbau sogenannter *cash crops* bereits etwa 40 Prozent angeeignet. Dabei machen der Datenplattform Knoema zufolge Lebensmittelimporte ein Drittel der Gesamtimporte aus. Die größten *landgrabber* kommen Daten der Vereinten Nationen zufolge aus den USA, Großbritannien und neben Saudi-Arabien und Südkorea auch aus der Europäischen Union.<sup>3</sup>

### Proteste gegen die neoliberale Politik werden blutig unterdrückt

Für Präsident Julius Maada Bio waren die Demonstrationen dabei kein Protest gegen die rapide gestiegenen Lebenshaltungskosten. „Der Gesang

1 International Fund for Agricultural Development (IFAD) Republic of Sierra Leone. Country Strategic Opportunities Programme 2020-2025, 24. April 2020, S.IV

2 Grafik Landmatrix: 1,7 Millionen Hektar = 24,8 Prozent der Landoberfläche in den Händen ausländischer Investoren. Auf Afrikas Spitzenreiter Demokratische Republik Kongo entfallen 10,2 Millionen Hektar, was nur 4,5 Prozent der Landoberfläche entspricht.

3 Nation Unies. Commission économique pour l'Afrique : Les investissements fonciers à grande échelle en Afrique. Rapport analytique, Mai 2017, S. 27 ff.



der Aufständischen zielte auf einen gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Regierung ab“, zitierte ihn *Le Monde* von seinem Urlaubsort in England aus. Zum Protest am 10. August aufgerufen hatten jedenfalls Frauen, kleine Ladenbesitzerinnen, so etwa die „*Grassroots Women of Salone*“, um auf die sich verschlechterten Lebensumstände aufmerksam zu machen. In der Hauptstadt Freetown oder in den Städten Makeni

und Magburuka im Zentrum des Landes entwickelte sich der Protest indes zum Aufruhr. Mehrere Polizeikommissariate wurden niedergebrannt, Dutzende öffentliche Gebäude verwüstet, wie der *ORF* meldete, acht Gendarmen wurden getötet, die Zahl der getöteten Demonstranten beläuft sich bislang auf 25. Die brutal einschreitende Polizei und Anhänger der Regierungspartei SLPP zerstörten ganze Straßenzüge und Hunderte von Verkaufsständen, wie die Zeitung *The Sierra Leone Telegraph* mit Fotos belegte.

Jahrelang wurde die „Öffentlichkeit brutal zum Schweigen gebracht“, notierte das Online-Portal *Cocoriko* schon vor zwei Jahren. Die Association For Social Justice bestätigte zudem die Existenz von Todesschwadronen der Regierungspartei SLPP, die auch den der Oppositionspartei APC nahestehenden Blogger Evangelist Samson ermordet haben sollen. Als „Bluthund“ ist der stellvertretende Innenminister und Großgrundbesitzer Lahai Lawrence Lema gefürchtet, der die bis 2018 mit in der Regierung sitzende, nunmehrige Oppositionspartei APC rigoros bekämpft. Um den aktuellen Aufruhr zu ersticken, wurde landesweit der Ausnahmezustand verhängt und das Militär in Marsch gesetzt. Wohl um sich abzusichern, entließ Präsident Julius Bio zudem drei Generäle aus dem armen, agrarisch geprägten Norden und ersetzte sie durch „Südwestener“ aus der Stadt, wie es in der Zeitung hieß. Auch wenn sich die Lage zuletzt beruhigt zu haben schien, wird die Jugend nicht mehr fügsam bleiben. Eine kürzlich geplante Demonstration, für die in den Sozialen Medien geworben wurde, wurde indes abgesagt; der Aufruf der Bürgermeisterin von Freetown und der Frauen-Union nach Ruhe wurde gehört. Die Oppositionspartei All People Congress (APC) forderte derweil, die Namen der Verhafteten bekanntzugeben, um ihnen einen Rechtsbeistand organisieren zu können. *The Calabash Newspaper* berichtete unterdessen, dass sich Präsident Julius Bio auf einer einberufenen Konferenz der Loyalität einer großen Zahl Stammesführer im Westen, des Rates der Stammeshäuptlinge, des „Interreligiösen Rates“ sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen versicherte. War das der „soziale Dialog“, für den sich auch der UN-Beauftragte für Sierra Leone ausgesprochen hatte? Präsident George Weah im benachbarten Liberia forderte unterdessen, die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS solle die Vorfälle untersuchen.

Eilig aus seinem Urlaubsdomizil in England heimgekehrt, dürften dem Präsidenten gewiss die von den Demonstranten skandierten Rufe „*Bio must go*“ in den Ohren geklingelt haben – und das zehn Monate vor den

Wahlen. Das Beispiel Gambia steht im Raum, wo Präsident Yahya Jammeh 2016 abgewählt und mitsamt Anhang inzwischen von der Justiz im In- und Ausland wegen Korruption verfolgt wird. „Im Jahr 2023 wird die Ära des SLPP-Wahnsinns zu Ende gehen, und diejenigen, die im Nebel unserer anständigen demokratischen Nation solch hässliche Szenen zelebrieren, werden sicherlich für ihre Handlungen Rechenschaft ablegen“, schrieb *Cocorioko* schon vor zwei Jahren.

### „Landgrabbing“

Aber das, was als Menetekel im politischen Raum steht, ist eine Neuauflage des Bürgerkrieges, der zwischen 1991 und 2002 über einhunderttausend Menschen das Leben kostete und 30 Prozent der *educated nationals*<sup>4</sup> vertrieben hatte. Damals wie heute hatte sich die Landfrage zugespitzt, damals hatten „Blutdiamanten“ zum Aufstand geführt, den heute eine Landrechtsreform verhindern helfen sollte.

Drei Tage vor den Demonstrationen hatte das Parlament zwei Gesetze zur Landreform verabschiedet, was im Nachbarland Liberia indes schon vier Jahre zuvor geschehen war. Offensichtlich kamen die Gesetze in Sierra Leone zu spät, um die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen. Oder war das Gesetzespaket sogar der die Explosion auslösende Funke? Denn das imperialistische *landgrabbing* hat über viele Jahre hinweg zigtausende Bauernfamilien von ihrem Land vertrieben und sie zur internen Migration gezwungen, vor allem in die Slums der Küstenstädte. Der Volkszählung 2015 nach lebt dort ein Viertel der Bevölkerung – und wie viele bis heute? Denn die multinationalen Unternehmen, allen voran französische wie Socfin des Medienmoguls Bolloré, haben sich über Tochtergesellschaften in Westafrika mehrere Hunderttausend Hektar Land gesichert. Dabei werden die Bewohner des Landes über geschmierte Regierungsmitarbeiter mit geringen Kompensationszahlungen abgespeist bzw. erhalten gar keine Ausgleichszahlungen, um dann von ihrem angestammten Land vertrieben zu werden, oder „umgesiedelt“, wie es in der offiziellen Sprachregelung heißt.

Den Widerstand gegen den Landraub durch lokale, sierra-leonische Assoziationen wie MALOA, aber auch in Kamerun und Liberia koordiniert die Nichtregierungsorganisation ReAct Transnational. Sie unterstützt die betroffenen Kleinbauern, bringt auch die Diaspora in Europa

4 National Migration Policy for Sierra Leone, Jan. 2022, S. 17.



mit ein<sup>5</sup> und ist damit auch für die Regierung in Sierra Leone unüberhörbar geworden. Die Gesetzesreform soll das seit jeher auf Gewohnheitsrecht ruhende Bodenrecht dem bürgerlichen Recht unterwerfen und auf diese Weise den Boden auch unter geänderten Bedingungen weiterhin profitabel verwertbar halten. Die beiden am 8. August 2022 verabschiedeten Gesetze, das Gesetz über Customary Land Rights und den National Land Commission Act setzen bei der Verpachtung und Nutzung von Flächen auf die vorherige und ausdrückliche Zustimmung der Landbesitzer, wie die *New York Times* berichtete.<sup>6</sup> Nunmehr sollen korruptionsanfällige Politiker und Beamte als „Vermittler“ nicht mehr nötig sein. Lokale Grundbesitzer und Gemeinden können selbst über den Wert des Grunds mit Investoren verhandeln (was nicht verhindern wird, „regelbasiert“ über den Tisch gezogen zu werden). Aber die Frauen können einen weiteren, längst überfälligen Fortschritt verbuchen: Sie sind nicht mehr vom Landerwerb ausgeschlossen, können über Grund und Boden verfügen, auf dem Markt selbständig auftreten und ihren Überschuss anbieten. Und die Nachkommen befreiter Sklaven können von nun an auch außerhalb der Hauptstadt Land erwerben, dazu wurde ein Kolonialgesetz der britischen Krone aufgehoben.

Wen wundert es, dass diese Gesetze für Gegenwind seitens internationaler Investoren sorgten? Um den Direktor des größten sierra-leonischen Agrarunternehmens Socfin zu zitieren: Er befürchte, dies werde „mit Sicherheit jede Investition blockieren“ (*ORF*). Doch für den Minister für Raumordnung, Turad Senessie, ergibt sich indes eine Win-win-Situation sowohl für Firmen als auch für lokale Gemeinschaften. Und um das „Investitionsklima“ günstiger zu gestalten, wurde von der Regierung bereits im April der Einkommenssteuersatz für Mineral- und Erdölbetriebe von 30 auf 25 Prozent gesenkt. Aber wie stark sind die feudalen Kräfte, die das Rad wieder zurückdrehen wollen? 🌐

5 Georges Hallermayer: Landgrabbing der Luxemburger SOCFIN, Zeitung zum Letzebuerger Vollek, 3. Juli 2015.

6 Elian Peltier: New Laws of the Land: Sierra Leone Reshapes Environmental Battleground, New York Times, 9. Aug. 2022.



**Georges Hallermayer**

geb. 1946, Historiker. Dozent und stellvertretender Centrumsleiter bei den Carl-Duisberg-Centren. Viele Jahre Betriebsrat und Mitglied im GEW-Landesvorstand Saar

Blog: [weltsolidaritaet.blogspot.com](http://weltsolidaritaet.blogspot.com).

## Das nüchterne Denken: Michail Gorbatschow

Hans-Heinrich Nolte

„Nicht immer haben die Pläne eine wissenschaftliche Grundlage und sie tragen oft willkürlichen Charakter. In vielen Betrieben, in ganzen Rajons und sogar in Oblasty werden die produktiven Ressourcen nicht vollständig erfasst und werden mit der Produktion in Beziehung gesetzt und in anderen sind im Gegenteil die Pläne unrealistisch, so dass sie chronisch nicht erfüllt werden und zur Überanstrengung in der Arbeit der Kolchosen und Sowchosen führen.“<sup>1</sup> Gorbatschow hat in seinen Memoiren<sup>2</sup> beschrieben, dass seine Rede vorm Plenum des Zentralkomitees der KPdSU 1978 anfangs normal aufgenommen wurde – die Chefs in der ersten Reihe lasen Zeitung, die jungen Sekretäre im Hintergrund hörten zu, was die Konkurrenz vortrug. Bei ihm aber horchte der Generalsekretär Leonid Breschnew auf – Kritik am Plan, dem zentralen Instrument des Monopolsozialismus, im zentralen Machtorgan der Partei? Die Folge für den vortragenden Sekretär aus dem Vorkaukasus war aber nicht der Verlust der Position oder Schlimmeres, sondern ein schneller Aufstieg in der Partei: Schon 1985 wurde er zum Generalsekretär gewählt – mit gerade einmal 54 Jahren.

Gorbatschow hatte in Stawropol versucht, durch eine „psychologische Perestroika“<sup>3</sup> mit mehr Bildung, besserer Kooperation, besseren Maschinen und vor allem mehr Engagement den Stillstand zu überwinden und dafür mehr Kritikmöglichkeiten (Glasnost) gefordert. Als Generalsekretär versuchte er, mit diesem Programm den Sozialismus zu erneuern. Die einzelnen Betriebe erhielten mehr Selbständigkeit, Diskussionen wurden gefördert – vor allem über Briefe an die Redaktionen, aber auch in offeneren Versammlungen – und zu den Wahlen, sowohl in den Sowjets als auch in den Parteigremien, wurden mehrere Kandidaten zugelassen. Die Reden dieser Zeit wurden weltweit übersetzt, z.B. das begeisternde Referat vor dem ZK der KPdSU, „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“ (1987).<sup>4</sup> Aber der Rückzug des Staates z.B. aus der Ökonomie oder der Finanzierung der Grundnahrungsmittel 1989 führte zu Hamsverkäufen und zur Regionalisierung: Plötzlich musste man Moskauer sein,

1 M. S. Gorbachev (1987): *Izbrannye rechi i stat'i* Tom 1. Moskva (Izdatel'stvo politicheskoy literatury) S. 180 – 200, Zitate S. 186, 181.

2 Michael Gorbatschow (2014): *Alles zu seiner Zeit*. dtv, München.

3 Er verwendet den Terminus 1978, vgl. Gorbachev (1987), a.a.O., S. 154-159.

4 Michael Gorbatschow (1987): *Die Rede*. Rowohlt, Reinbek. Mein Titel rekurriert auf Michail Gorbatschow u.a. (1997) *Das Neue Denken*. Goldmann, München.

um in Moskau kaufen zu können. Ohne privatkapitalistischen Markt war eine Synthese der Gesamtökonomie nicht in Sicht.

Außenpolitisch hatte Gorbatschow den Mut zum Rückzug, zur Anpassung der formalen Macht an das reale Potential. Die Richtung wurde vorgegeben, als die UdSSR gegen die polnische Unabhängigkeitsbewegung nicht intervenierte. Zentral war die sowjetische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung und die Bereitschaft, die Truppen abzuziehen. Die Überrüstung der UdSSR während des Kalten Kriegs – der Anteil der Rüstung am BIP hatte in der UdSSR meist doppelt so hoch gelegen wie in den USA – konnte beendet werden. Allerdings kam die Abrüstung zu spät für Gorbatschows Wirtschaftsreform.

Verblüffender Weise hat der Jurist Gorbatschow die politischen Folgen der sowjetischen Rückzüge nur unzureichend durch Verträge eingeholt. Als Historiker aus der Provinz war ich z.B. damit konfrontiert, dass die Entschädigung der Zwangsarbeiter (unter denen wir eine Befragung durchführten<sup>5</sup>) im zentralen Vertrag nicht geregelt war. Wichtiger war selbstverständlich, dass es keine vertragliche Regelung der Frage gab, wie weit NATO und EU nach dem Rückzug der sowjetischen Armee nach Osten expandieren konnten. Gorbatschow hatte bei einem Besuch in der CSSR 1969 erfahren, wie tief die Kränkung der Genossen durch Intervention und Breschnew-Doktrin ging. Glaubte er, die ostmitteleuropäischen Länder würden aus Sympathie – für wen? – nicht den Anschluss an den Westen suchen? Glaubte er wirklich, es werde ein „europäisches Haus“ geben, in dem eine reformierte UdSSR nicht nur im Anbau mitwohnen, sondern auf Augenhöhe werde mitreden können?

### Nationalismus unterschätzt

Der entscheidende Fehler Gorbatschows lag in der Unterschätzung des Nationalismus. Er hatte bei der Rücksiedlung der am Kriegsende vertriebenen Kalmücken und Karatschaier mitgearbeitet und es hätte ihm deutlich sein können, wie viel nationaler Hass unter der Decke der Völkerfreundschaft in der UdSSR glühte, aber er war von den ersten Pogromen – gegen die Armenier in Aserbaidschan – überrascht. Insbesondere hat er den Nationalismus Russlands nicht verstanden – wo die Anforderungen der Solidarität, z. B. das unter Weltmarktniveau verkaufte Gas und Öl, desto mehr als

5 Hans-Heinrich Nolte (Hrsg.) (2001): Häftlinge aus der UdSSR in Bergen-Belsen. Lang, Frankfurt.



Am Ende des Kalten Krieges – Gorbatschow zum gemeinsamen Dinner mit US-Präsident Reagan

imperiale Belastung verstanden wurde, je mehr die anderen Republiken sich von der Union lossagten, Russland zum Täter und Russen zu Bürgern zweiter Klasse machten. Dieser Separatismus war an sich eine innere Folge des Scheiterns des kommunistischen Universalismus: Da dieser nicht tragfähig war – wo sollte, wo konnte man sich orientieren? Und ähnlich, nur spiegelverkehrt, wie die KP Nationalismus als Überbleibsel überholter Verhältnisse verstanden hatte, interpretierten nun die Nationalisten kommunistische Verbrechen als nationale – etwa die unionsweite Hungersnot als nationalen russischen Genozid an den Ukrainern.

Das Ziel Gorbatschows war es, die UdSSR in einen wirklich demokratischen Sozialismus zu überführen. Er ist an den Nationalbewegungen gescheitert, die daran anknüpften, dass die Wirtschaftsreformen nicht zu einer neuen gesamtwirtschaftlichen Synthese führten, sondern zu Regionalisierungen. Gorbatschows globalhistorische Bedeutung liegt vor allem darin, dass er dem rationalen Anspruch der marxistischen Bewegung entsprochen und – gewiss zu spät, aber doch überhaupt – Rückzüge der sowjetischen Macht durchgesetzt hat. Ob die russischen Nationalisten zu solchen Rückzügen in der Lage sein werden, wird die Welt sehen. 🌐

#### Prof. Dr. em. Hans-Heinrich Nolte

geb. 1938, ab 1980 Professor für osteuropäische Geschichte in Hannover, 2003 Ruhestand. Gastprofessuren in Lincoln/Nebraska, Woronesch und Wien. 2000 Gründung der „Zeitschrift für Weltgeschichte“. Ehrenvorsitzender des Vereins für Geschichte des Weltsystems e.V.

[www.vgws.org](http://www.vgws.org)





## Who was Mr. Gorbachev really?

Alexander Rahr

Im Herbst 1985 begann ich die erste deutschsprachige Biografie über den neu gewählten Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, zu schreiben. Über den 54-jährigen Parteifunktionär war damals im Westen wenig bekannt. Im damaligen Westen gingen die Meinungen weit auseinander. Die einen sahen in Gorbatschow den Anführer einer neuen Generation von Parteifunktionären, die zu radikalen Reformen in der UdSSR und zu einer Verständigung mit dem Westen bereit waren. Viele andere erwarteten von ihm nur Täuschungsmanöver gegenüber dem Westen, um wirtschaftliche Überlebenshilfe für die marode Sowjetunion zu erhalten.

Gorbatschow stammte aus einer Bauernfamilie, die in der südlichen russischen Region Stawropol beheimatet war. Als Jugendlicher erlebte Gorbatschow den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in den Nordkaukasus. Dass er im Zweiten Weltkrieg monatelang auf dem von Deutschen besetzten Gebiet gelebt hatte, wurde in seiner offiziellen Biografie lange Zeit vertuscht. Nach dem Krieg begann Gorbatschows Parteikarriere, zunächst an der Moskauer Juristischen Universität. Aus heutigen Quellen weiß man, dass er als Provinzler von seiner ambitionierten Ehefrau Raissa, einer gebürtigen Ukrainerin, in seinem Aufstieg unterstützt wurde.

In den 1970er Jahren erklomm Gorbatschow den Posten des Ersten Gebietsparteisekretärs von Stawropol. Er gewann zwei mächtige Förderer – die Politbüromitglieder Michail Suslow und Juri Andropow weilten des Öfteren in den berühmten Sanatorien seiner Heimatregion. Besonders KGB-Chef Andropow erblickte in Gorbatschow einen Politiker mit Reformgeist, der in der Zukunft die notwendig gewordene Modernisierung der Sowjetunion durchführen könnte. Als Andropow 1982 nach dem Tode Leonid Breschnews in den Kreml einzog, machte er seinen Adlatus Gorbatschow zum zweiten ZK-Parteisekretär. Andropow starb früh, die Nachfolge ging jedoch nicht an Gorbatschow, sondern an den Vertreter des alten Breschnew-Clans, Konstantin Tschernenko. Erst im zweiten Anlauf schaffte es Gorbatschow, nach dem schnellen Ableben Tschernenkos im März 1985 Generalsekretär zu werden.

Gorbatschow begann sofort damit, die Parteispitze zu säubern und Reformen im Land anzustoßen. Sein Ziehvater Andropow wollte die

Sowjetunion nach dem chinesischen Modell reformieren – durch eine starke Zentralmacht (die Partei) von oben. Die Veränderungen sollten zunächst nur die Wirtschaft betreffen, keinesfalls das politische System und die Gesellschaft. Doch Gorbatschow schaffte es nicht, die KPdSU zum Motor seiner Perestroika zu machen. Die Parteispitze fürchtete durch zu forsche Reformen den eigenen Machtverlust und boykottierte die Perestroika. Der Generalsekretär setzte daraufhin auf eine Reformpolitik „von unten“. Gorbatschow wollte den Sozialismus retten, er sah sich als einen neuen Lenin, doch die kommunistische Welt stand längst vor einer ganz anderen Richtungswahl: entweder das kommunistische System zu konservieren oder ein westliches Demokratiesystem einzuführen.

Gorbatschow aber kämpfte weiter, zerstörte die Partei und schuf ein Präsidialsystem, das später einmal auf freien Wahlen basieren sollte. Doch inzwischen war in der Sowjetunion eine starke populäre Bewegung für Demokratie und für das westliche, nicht das chinesische Modell entstanden. Die liberalen Reformkräfte gruppierten sich um einen anderen Hoffnungsträger – Boris Jelzin. Letzterer wurde 1990 zum Chef der russischen Unionsrepublik gewählt. Seit diesem Zeitpunkt existierte in der Sowjetunion eine Doppelherrschaft: Gorbatschow versuchte die Zentralmacht zu retten, während Jelzin mit anderen Chefs der Sowjetrepubliken, insbesondere mit dem Ukrainer Leonid Krawtschuk, die sowjetische Zentralmacht aushebelte, um sich selbst an die Spitze des Reformprozesses und aller Machtstrukturen zu stellen.

Schließlich unterlag Gorbatschow politisch in zwei aufeinanderfolgenden Staatsstreichen. Im August 1991 wurde er von einer Gruppe altkommunistischer Putschisten entmachtet und auf der Krim festgesetzt. Nach seiner Befreiung durch Jelzin büßte er im Land jegliche Autorität und Einfluss ein. Im Dezember folgte der „liberale“ Putsch gegen ihn – angeführt von Jelzin. Gorbatschow musste abdanken und die Sowjetunion auflösen.

In vielen konservativen Bevölkerungsteilen Russlands gilt Gorbatschow heute als Verräter, weil er angeblich die Sowjetunion zerstört habe. Die Fakten sprechen dagegen. Zerstört wurde die Sowjetunion von Jelzin beim konspirativen Dreiertreffen der ostslawischen Republikchefs im Belowescher Forst; Gorbatschow hatte zu dem Zeitpunkt schon die Macht an die Unionsrepubliken verloren.

Ein weiterer massiver Vorwurf gegenüber Gorbatschow betrifft seine Außenpolitik. Er hätte die Sowjetunion praktisch an den Erzfeind – den

Westen – ausgeliefert. Doch Gorbatschow folgte nur der Prämisse, Frieden mit dem Westen zu schließen und den Kalten Krieg zu beenden. Ja, er beförderte sogar die Demokratisierung in den Warschauer-Pakt-Ländern, unterstützte die deutsche Wiedervereinigung und war sofort bereit, die Sowjetarmee aus Osteuropa abzuführen – um statt der bipolaren Ordnung ein „Gemeinsames Europäisches Haus“ zu errichten. Dass er sich vom Westen in Sachen NATO-Osterweiterung hat über den Tisch ziehen lassen, stimmt nur bedingt. Das Thema NATO-Osterweiterung stand 1991 nicht auf der Tagesordnung, diese hätte Jelzin in den Folgejahren verhindern können. Gorbatschow konzentrierte sich am Ende seiner Außenpolitik ausschließlich auf die wirtschaftliche Rettung der Sowjetunion. Ohne westlichen finanziellen Beistand wäre die Wirtschaft der UdSSR und ihrer Unionsrepubliken völlig kollabiert.

Dass der kollektive Westen Gorbatschows Wunsch nach einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung nicht nachkam, ihm für die deutsche Einheit und den sowjetischen Truppenabzug nicht dankte und durch NATO- und EU-Erweiterung Russland in Europa sogar isolierte, liegt auf dem Gewissen westlicher Politiker.

Bleibt die Frage: Who was Mr. Gorbachev really? War er ein zufälliger Staatschef, der in den Strom der Geschichte einfach hineingerissen wurde? Oder war er der Schöpfer einer neuen Friedensepoche, die unweigerlich kommen musste, weil die Welt vom Kalten Krieg erschöpft war? Wird er von den nächsten Generationen mit der tragischen Person Nikolaus II. verglichen werden, der durch sein Abdanken das alte russische Imperium in den Abgrund riss? Oder wird er mit dem Reformzar Peter I. verglichen werden, der Russland das Fenster nach Westen öffnete? In der westlichen Geschichtsschreibung wird Gorbatschow (Gorbi) mit einem Pluszeichen gesehen werden. In der russischen Historie vermutlich mit einem Minus – obwohl... es ist noch zu früh, an dieser Stelle den Schlusspunkt zu setzen. 🌐



**Prof. hon. Alexander Rahr**

geb. 1959, Historiker, Buchautor, u. a. Der 8. Mai. Geschichte eines Tages (2020), Senior Research Fellow des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik

[alexander.rahr@yahoo.de](mailto:alexander.rahr@yahoo.de)



WIRTSCHAFT  
ANDERS DENKEN  
OXIBLOG.DE

# Kapitalismus? Das kann böse enden. OXI lesen und verstehen, was los ist!

Jetzt Testen!  
3 Ausgaben  
für nur 10 €



DIE ÖKONOMIEKRITISCHE MONATSZEITUNG



## Die Kongresswahlen in den USA: Welche Rolle spielt die Außenpolitik?

Klaus Larres

Bei den Kongresswahlen im November 2022 geht es um viel. Immerhin stehen alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus zur Wahl und ein Drittel der 50 Senatoren müssen neu gewählt werden. Derzeit verfügen die Demokraten über eine knappe Mehrheit von sieben Sitzen im Repräsentantenhaus und durch die Stimme von Vizepräsidentin Kamala Harris, die dem Senat vorsteht, haben sie eine hauchdünne Mehrheit im Senat. Sollte diese Mehrheit in einer der Kongresskammern oder gar in beiden Häusern verloren gehen, würde es für die verbleibenden zwei Jahre der Biden-Administration schlecht aussehen, nicht zuletzt auch für die Finanzpolitik und die Finanzierung großer Gesetzesvorhaben, denn dem Kongress steht die Budgethoheit zu. Biden würde es dann so wie Obama gehen, dessen Programm nach den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft, als er die *midterm elections* verlor, kaum noch zu verwirklichen war. Obama regierte mehr schlecht als recht mit Hilfe von temporären Exekutivbestimmungen, mit denen aber große gesetzgeberische Maßnahmen nicht durchgesetzt werden können.

Für den Ausgang der Kongresswahlen im November 2022 werden innenpolitische Themen entscheidend sein. Der bisherigen Innen- und Wirtschaftspolitik der Biden-Administration kommt eine große Bedeutung zu. Auf Grund der tiefen politischen Polarisierung des Landes ist damit zu rechnen, dass sich nur wenige republikanische Wähler die zum Teil recht erfolgreiche Politik der Biden-Administration genauer ansehen werden.<sup>2</sup> Immerhin gelang es Biden im November 2021, ein umfangreiches Infrastrukturprogramm für die Verbesserung von Straßen, Häfen, Wasserwegen, Internet und Flughäfen durch den Kongress zu bringen. Vor kurzem konnte er auch den *CHIPS and Science Act* durchsetzen, mittels dem die notwendige Produktion von elektronischen Halbleitern in den USA verbessert werden soll. Und nicht zuletzt schaffte es Biden, den *Inflation Reduction Act* vom Kongress verabschieden zu lassen. Durch das

1 Barack Obama (2020): *A Promised Land. Memoirs.* (Crown, New York).

2 Dana Milbank (2022): *The Deconstructionists. The Twenty-Five Year Crack-Up of the Republican Party.* Doubleday, New York.



Mit 78 Jahren zum 46. US-Präsidenten vereidigt: Joe Biden wollte die zerrüttete Nation heilen. Ist er gescheitert?

umfangreiche Gesetzeswerk sollen der Klimaschutz und die medizinische Versorgung der Bevölkerung verbessert werden. Auch vermochte es der Präsident zum ersten Mal seit 30 Jahren, eine Verschärfung der Waffengesetze vom Kongress absegnen zu lassen, der *Safer Communities Act*.

Die meisten der mit den Republikanern sympathisierenden US-Bürger werden aber nicht sonderlich von der Durchsetzung dieser wichtigen Gesetze beeindruckt sein und die Verschärfung der Waffenregulierungen sogar ablehnen. Nur aufgrund der jeweiligen politischen Situation in einzelnen Bundesstaaten dürften republikanische Wähler gelegentlich einem Demokraten ihre Stimme geben. Aber letztlich können die Demokraten nicht damit rechnen, viele Stimmen der Republikaner hinzuzugewinnen. Entscheidend für den Wahlausgang wird daher die Mobilisierung der Demokratischen Stammwähler sein. Bei großer Zustimmung der Demokraten zur Politik Bidens ist mit einer relativ großen Mobilisierung der Anhänger der Demokratischen Partei zu rechnen. Umgekehrt gilt das allerdings auch. Und bisher kommt Biden selbst in seiner eigenen Partei nicht sonderlich gut an. Die innerparteiliche Diskussion über das fortgeschrittene Alter des Präsidenten ist nicht hilfreich. Es wird heftig darüber gestritten, ob er sich nochmals für die Präsidentschaftsnominierung in zwei Jahren zur Verfügung stellen sollte. Derzeit schwanken die persönlichen Umfragewerte des Präsidenten um die 40 Prozent, was

historisch gesehen niedrig ist, auch wenn seine Popularitätskurve in den letzten Wochen ein wenig nach oben gegangen ist.<sup>3</sup>

Die Verkündung des konservativ dominierten Supreme Court vom 24. Juni 2022, die Entscheidung des Obersten Gerichts in *Roe v. Wade* von Januar 1973 zu revidieren und damit die Entscheidung über die Legalisierung der Abtreibung den einzelnen, oft äußerst konservativen Bundesstaaten zu überlassen, führte zu einem Aufschrei und großen Protesten im ganzen Land. Dies dürfte Demokratische Wähler,

*Biden kommt in seiner eigenen Partei nicht sonderlich gut an.*

nicht zuletzt auch sozial benachteiligte Frauen, die von der Entscheidung in der Praxis besonders betroffen sind, motivieren, zur Wahl zu gehen statt zu Hause zu bleiben. Denn nur mit einem Demokratisch dominierten Kongress gibt es eine Chance, *Roe v. Wade* wiederzubeleben.

Auch die große Demokratie-Rede des Präsidenten Anfang September 2022, in der er den Trump-Republikanern in deutlicher Sprache vorwarf, die US-amerikanische Demokratie zu unterminieren und abschaffen zu wollen, stieß auf große Zustimmung und wird womöglich dazu beitragen, Wähler zu mobilisieren.

Wenig Verlass ist auf die Wahlumfragen in den einzelnen Bundesstaaten, um die Wahlaussichten der Demokraten einzuschätzen. Am besten sind noch die Statistiken und Einschätzungen auf der von Nate Silver gegründeten Webseite *fivethirtyeight*.<sup>4</sup> Auch wenn die Demokraten bei Umfragen in letzter Zeit etwas besser dastehen als vor zwei Monaten, voraussagen kann man mit einiger Sicherheit nur, dass insgesamt die Wahlaussichten der Demokraten bei den Kongresswahlen nach wie vor auf Messers Schneide stehen.

### Der Einfluss der Außenpolitik auf die Kongresswahlen

Es ist selten, dass die Kongresswahlen durch die Außenpolitik des jeweiligen Präsidenten entscheidend beeinflusst werden. Selbst Präsidentschaftswahlen werden nur im Ausnahmefall, wie etwa 2004, als es um die Wiederwahl George W. Bushs nach den Attacken des 11. September 2001 ging, von der Außenpolitik bestimmt. Allerdings sind sich Meinungsumfragen zufolge fast alle US-Bürger einig, dass der im August 2021 erfolgte

3 Evan Osnos (2020): Joe Biden. The Life, the Run, and What Matters Now. Scribner, New York.

4 <https://fivethirtyeight.com/>.

dramatische Rückzug der USA aus Afghanistan zwar sinnvoll und notwendig gewesen sei, aber in außerordentlich inkompetenter und chaotischer Weise durchgeführt wurde. Dabei war nach der konfusen und semi-isolationistischen Politik der Trump-Administration das multilaterale und weltoffene außenpolitische Programm der neuen Biden-Administration zunächst von vielen begrüßt worden und der Präsident hatte daher viele außenpolitische Vorschusslorbeeren erhalten. Dazu hatte auch sein Artikel in der außenpolitischen Bibel der USA – der Zeitschrift *Foreign Affairs* – beigetragen, der in den führenden Medien des Landes stark rezeptiert worden war. Biden hatte in dem Beitrag sein globales Programm detailliert und durchaus überzeugend erläutert. Es gehe ihm darum, eine Politik des *rapprochement* mit den Alliierten, aber auch mit den Gegnern der USA umzusetzen. Biden wollte eine neue multilaterale und vorsichtige globale Ausrichtung der U.S.- Außenpolitik herbeiführen.<sup>5</sup>

Die positive Einschätzung der Außenpolitik Bidens im Inland, aber auch im Ausland änderte sich schlagartig mit dem Rückzug aus Afghanistan. Sowohl Biden als auch Außenminister Tony Blinken fanden keine (guten) Argumente für den überstürzten Rückzug. Hätten die Kongresswahlen kurz darauf stattgefunden, wäre dies sicherlich zu Lasten der Demokraten gegangen. Seitdem ist jedoch viel Zeit vergangen und andere dramatische außenpolitische Ereignisse relativierten den Rückzug wahlpolitisch. Es ist davon auszugehen, dass der chaotische Abzug aus Afghanistan auf die Kongresswahlen im November 2022 kaum Einfluss haben wird.

### Joe im Glück

Zwar gibt es viele außenpolitische Bereiche, bei denen Republikaner und Demokraten sehr zerstritten sind und kaum Verständnis für die jeweiligen Positionen der anderen Partei haben. Dies betrifft die Bereiche, die mit Klimaschutz, Menschenrechten, Entwicklungshilfe und internationalen Organisationen, wie Vereinten Nationen, UN-Weltgesundheitsorganisation und Welthandelsorganisation, zu tun haben. Hier verfolgt die Republikanische Partei im Kongress eine stark traditionell-konservative Politik

5 Joseph S. Biden (2021): "Why America Must Lead Again: Rescuing U.S. Foreign Policy After Trump," *Foreign Affairs* (March/April, 2021); Klaus Larres, President Biden's Foreign Policy: Engagement, Multilateralism, and Cautious Globalization. In: *U.S. Election Analysis 2020: Media, Voters and the Campaign* (ed by Dan Jackson et al) (November, 2020): <https://www.electionanalysis.ws/us/>; Klaus Larres (2020): Biden's long foreign-policy record signals how he'll reverse Trump, build old alliances and lead the pandemic response. In: *The Conversation* (August 18, 2020).



und lehnt Initiativen in diesen Bereichen weitgehend ab. Auch in der Iranpolitik und Israelpolitik unterscheiden sich die Positionen zwischen Republikanern und Demokraten im Kongress gewaltig. Nicht zuletzt wird mit Blick auf Tel Aviv die Aushandlung eines neuen Atomwaffenabkommens mit dem Iran abgelehnt, denn dem Iran sei einfach nicht zu trauen, sich an einen solchen Vertrag zu halten. Eine militärische Lösung (Vernichtung der iranischen Atomenergieanlagen durch eine Bombardierung des Landes) wird von den Republikanern vorgezogen.

Aber in den großen geopolitischen Fragen unserer Zeit – das Verhältnis zu China und Russland und dem Ukrainekrieg – stimmen die Republikaner unter der Leitung vom Kevin McCarthy im Repräsentantenhaus und Mitch McConnell im Senat weitgehend mit der grundsätzlichen Ausrichtung der Außenpolitik Bidens überein. Das gilt auch für die Politik gegenüber den

*Unwahrscheinlich ist, dass Außenpolitik bei den Wahlen eine große Rolle spielen wird.*

europäischen Verbündeten und der NATO. Hier setzt der Präsident auf vertrauensvolle Kooperation und Kommunikation, gerade auch im Ukrainekrieg. Auch die nukleare

Modernisierungspolitik und militärische Aufrüstung und die harte Politik Washingtons gegenüber Nordkorea wird von den Republikanern im Kongress weitgehend unterstützt.

Es ist daher unwahrscheinlich, dass die Außenpolitik bei den Kongresswahlen eine große Rolle spielt. Sicherlich, unerwartete aktuelle Ereignisse können dies ungünstig machen. Eine Großoffensive Russlands, um über die Ostukraine hinausgehendes ukrainisches Territorium zu gewinnen, würde die Russlandpolitik Bidens in den Mittelpunkt der Debatte stellen. Dann müsste sich Biden fragen lassen, ob die USA (aber auch die Europäer) genug tun, um Kiew zu unterstützen. Eine Minderheit würde sich auch die Frage stellen, ob die enormen Investitionen der USA in den Ukrainekrieg (bisher weit über 1 Milliarde US-Dollar, insgesamt sind über zehn Jahre 54 Milliarden US-Dollar an Hilfe geplant) sich lohnen und nicht stattdessen in die Modernisierung des eigenen Landes gesteckt werden sollten. Aller Voraussicht nach wird diese Diskussion wohl nicht mehr dieses Jahr kommen.

Auch eine Eskalation der Taiwankrise mit China oder andere Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer würden die Chinapolitik zum Spielball der innenpolitischen Diskussion machen. Man würde Biden dann sicherlich vorwerfen, nicht hart genug mit der neuen Supermacht

umzugehen. Aber auch dann dürften die Republikaner im Kongress weitgehend Bidens Außenpolitik unterstützten, ihn aber drängen, seine Politik gegenüber China zu verschärfen.

Es kann daher davon ausgegangen werden, dass nicht die Außenpolitik, sondern Preisentwicklung, Inflation, Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen und andere mit dem Lebensstandard der US-Bürger zusammenhängende Themen ausschlaggebend für den Ausgang der Kongresswahlen sind.

### Hätte eine Niederlage der Demokraten Auswirkungen auf die US-Außenpolitik?

Die wichtige Budgethoheit des Kongresses bezieht sich auch auf die Außenpolitik. Dennoch hätte eine Niederlage der Demokraten und ein Verlust der Mehrheit in einem oder gar beiden Häusern des Kongresses wenig bis keine Auswirkungen auf die Ukraine-, China- und Aufrüstungspolitik der Biden-Administration. Eine Republikanische Mehrheit im Kongress würde aber verhindern, dass ein neuer Nuklearvertrag mit dem Iran abgeschlossen oder ratifiziert wird. Auch ein größeres Engagement der USA bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisation wäre dann wenig wahrscheinlich. Bei der Entwicklungs-, Energie- und Klimapolitik müsste mit tiefen Einschnitten gerechnet werden. Andere große, vor allem innenpolitische Gesetzesvorhaben wären nicht möglich. Dies würde Biden, wie schon Barack Obama, an der Umsetzung seines progressiven Reformprogramms hindern und seinen Platz in der Geschichte der USA weit weniger ruhmreich gestalten. Es ist daher kein Wunder, dass sich der Präsident und die Demokratischen Wahlhelfer im ganzen Land energisch in den Wahlkampf gestürzt haben. In der Nacht vom 8. auf den 9. November 2022 werden sie erfahren, ob sich die Mühe gelohnt hat. 🌐

#### Prof. Dr. Klaus Larres

geb. 1958, seit 2012 Richard M. Krasno Distinguished Professor an der University of North Carolina at Chapel Hill. Er arbeitet seit Jahren zur Außenpolitik der USA, Großbritanniens und Deutschlands, den transatlantischen Beziehungen und der Politik der USA und EU gegenüber China

[Larres@unc.edu](mailto:Larres@unc.edu)



## Partei ohne Mitte

Die Lage der Republikanischen Partei vor den Zwischenwahlen 2022

Christiane Lemke

Die Chancen der Republikaner, bei den Kongresswahlen 2022 das Abgeordnetenhaus zu erobern, stehen nicht schlecht. Auch im Senat, in dem ein Drittel der Senatoren turnusgemäß neu gewählt wird, könnten die Republikaner nach den Wahlen im November die Mehrheit stellen. Die Konsequenz wäre, dass Joe Biden in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit als Demokratischer Präsident gegen eine Republikanische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses regieren müsste. Eine solche Konstellation ist im US-amerikanischen System inzwischen die Regel. Sie würde Bidens Chancen, wichtige Reformgesetze beispielsweise im Umweltschutz, in der Einwanderungspolitik, der Absicherung von Frauenrechten und in der Polizei- und Justizreform umzusetzen, unmöglich machen. Insbesondere im Senat gäbe ein Wechsel der Mehrheitsverhältnisse den Republikanern machtvollere Mittel zur Blockade von Bidens Agenda in die Hand.

Wie sich in den Vorwahlen zeigte, haben sich die Republikaner seit der Abwahl von Donald Trump weiter radikalisiert. Noch immer ist die Behauptung, die Präsidentschaftswahl 2020 sei von den Demokraten „gestohlen“ worden, trotz mehrfacher juristischer Überprüfung erstaunlich weit verbreitet. Unter den Kandidatinnen und Kandidaten, die jetzt für die Wahlen im Abgeordnetenhaus angetreten sind, leugnen immer noch Dutzende, dass Biden die Präsidentschaftswahl gewonnen hat. Einem Bericht der *Washington Post* zufolge waren bis Ende Mai bei den Vorwahlen in 14 Bundesstaaten allein acht Wahlleugner bei den Republikanern für den Senat, 86 Wahlleugner für das Abgeordnetenhaus, fünf Gouverneurs-Kandidaten sowie fünf Kandidaten für die Position des Generalstaatsanwaltes auf bundestaatlicher Ebene aufgestellt worden (vgl. Gardner/Arnsdorf 2022). Im Falle ihrer Wahl im November hätten sie damit erheblichen Einfluss, zukünftige Wahlen anzufechten.

Auch gesellschaftspolitisch positionieren sich die Republikanischen Kandidaten weit rechts, etwa mit der Forderung eines kompletten Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen, beim Thema Minderheitenrechte, bei der Einwanderung sowie in der Waffendiskussion. Dies ist umso bemerkenswerter,



Die Republikaner sind ihm erlegen: Strippenzieher Donald J. Trump will wieder an die Macht

weil Umfragen zeigen, dass die US-Gesellschaft in den letzten zwanzig Jahren in einigen Fragen toleranter geworden ist. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung unterstützt beispielsweise das Recht von Frauen, über Schwangerschaft und Geburt selbst zu entscheiden (Pew Research Center 2022), und eine eindeutige Mehrheit von 71 Prozent befürwortet nach Gallup-Umfragen die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen (McCarthy 2022). Auch beim Umweltschutz ist die Bevölkerung inzwischen mehrheitlich für aktivere staatliche Maßnahmen (Gallup 2021). Ob die Republikaner mit ihrer nach-rechts-gerückten Agenda daher durchschlagenden Erfolg haben werden, ist somit eine offene Frage. Dass die Republikanische Partei dennoch zunehmend rechte Positionen vertritt, ist Ausdruck einer Wahlkampfstrategie, die sich verstärkt an den Präferenzen weißer, evangelikaler und sozialkonservativer Wählerinnen und Wähler orientiert.

### *March to the right –*

#### Wie die Republikaner zur rechtspopulistischen Partei wurden

Der Republikanische Marsch nach rechts ist ein komplexes Phänomen. Nicht immer haben die Republikaner derart sozialkonservative, ja sogar extremistische Positionen vertreten. Sie waren historisch vielmehr eine Partei des Freihandels, der individuellen Freiheitsrechte sowie eines



starken Föderalismus. Seit der Präsidentschaft von Donald Trump gelten sie jedoch als radikale Partei im rechten Spektrum und als rechtspopulistisch. Eine scharfe Rhetorik des „wir, das Volk“ gegen „das Establishment“, ein Rückgriff auf Narrative einer vermeintlich „guten“ alten Zeit

*Der Republikanische Marsch nach rechts ist ein komplexes Phänomen.*

oder die strikte Ausgrenzung von Zuwanderern haben den politischen Diskurs stark verändert. Diese Entwicklung und die scharfe Polarisierung bewerten Beobachter auch als demokratiegefährdend.

Mit Blick auf die Kongresswahlen stellt sich daher die Frage, wie es zum Rechtsruck der Republikaner kommen konnte.

Die Republikanische Positionsverschiebung ist auf drei miteinander verknüpfte Entwicklungen zurückzuführen. Im gegenwärtigen „Kulturkampf“, d. h. dem polarisierten Kampf um gesellschaftspolitische Themen, wird deutlich, dass die Republikaner sich gegen Veränderungen stemmen, die mit den gesellschaftlichen Reformbewegungen der 1960er und 1970er Jahre eingesetzt haben, wie mit dem *Civil Rights Act* (1964) und dem *Voting Rights Act* (1965) sowie Maßnahmen zur Gleichstellung und Selbstbestimmung von Frauen.

So formierte sich gegen diese progressiven Entwicklungen bereits seit den 1980er Jahren eine Gegenbewegung, welche in der Republikanischen Partei Anklang fand und eine Revision dieser Reformen forderte. Sie führte auch zu einer Verschiebung der politischen Geographie: Während sich in den urbanen, progressiven Zentren der USA immer deutlicher eine Demokratische Mehrheit bei Wahlen herausbildete, zeigte sich in den vorwiegend ländlichen, traditionell konservativen Regionen, dass die Republikaner nicht nur mit ihren Positionen punkten, sondern auch neue Wähler mobilisieren konnten.

Eine besondere Rolle spielt in der politischen Geographie die „*Southern Strategy*“ der Republikaner, mit der sie die Abneigung einiger konservativer weißer Wähler gegen die Gleichberechtigung der Afroamerikaner und den mindestens latent noch vorhandenen Rassismus benutzten, um spezifische Wählergruppen („*angry white men*“) zu mobilisieren (vgl. Adorf 2019). Die „*Southern Strategy*“ beruhte auf kühler wahltaktischer Kalkulation mit dem Ziel, Stimmenmehrheiten im Electoral College der Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Wie es der Republikanische Wahlkampfstrategie Kevin Phillips einem Journalisten gegenüber beschrieb: „Who needs Manhattan when we can get the

electoral votes of 11 Southern states?“ (Phillips, zitiert nach Grohsgal und Kruse 2019).

Ein weiterer wichtiger Grund für die Entwicklung der Republikaner nach rechts ist die Politisierung und Einflussnahme christlicher Fundamentalisten, wie der „*Moral Majority*“, der „*Christian Coalition*“ oder in jüngerer Zeit der „Tea Party“-Bewegung. Die christliche Rechte heizte den Kulturkampf um soziale Themen wie Abtreibungsrecht und Rechte von sexuellen Minderheiten an und beeinflusste Agenda-setting und Kandidatenernennungen, teilweise über großzügige Wahlkampfspenden. „Culturally, Republicans moved steadily rightward, depending more and more on white conservative evangelical voters and Americans living outside big metropolitan areas“ (Dionne Jr. 2020: 68). Mit der strategischen Neuausrichtung entlang besonders konservativer Positionen zur Mobilisierung von Wählerstimmen ging eine Verengung und Radikalisierung des ideologischen Blickfelds innerhalb der Republikanischen Partei einher.

Ein dritter Grund für den Wandel der Partei ist in der Radikalisierung des Politikstils zu finden. Konfrontation wird immer häufiger zum Stilmittel. Dabei ist die Polarisierung auch auf gezielte Entscheidungen von Politikern und Politikerinnen zurückzuführen, um die Gesellschaft zu spalten, was wiederum erklärt, warum insbesondere Trumps aggressive Rhetorik immer noch auf Resonanz in der Wählerschaft wie auch innerhalb der Republikanischen Partei stößt. Immerhin zeigte die Tatsache, dass Trump bei den Präsidentschaftswahlen 2020 knapp 10 Millionen Stimmen im Vergleich zu 2016 hinzugewinnen konnte, dass seine stark polarisierende Rhetorik erfolgreich gesellschaftliche Bruchlinien instrumentalisieren kann.

Die Folge des – immer noch virulenten – Trumpismus ist, dass allgemein akzeptierte und praktizierte Formen des Umgangs in der politischen Arena bewusst missachtet werden, um den politischen Gegner gezielt zu schwächen und durch radikale Positionen zu punkten. Bei dieser Radikalisierung des politischen Diskurses spielen Medien und die mediale Landschaft eine zentrale Rolle, die über ideologisch geprägte Nachrichtensender wie *Fox News* und – vor allem in der heutigen Zeit – weitgehend unregulierte Social Media-Plattformen wie Twitter oder Facebook wirksame Filterblasen etablieren (Jurkowitz et al. 2020: 4). In der Konsequenz bedeutet dies, dass politische Botschaften wie in Echokammern verstärkt werden. Nur so konnte sich beispielsweise der Mythos vom Wahlbetrug 2020 derartig hartnäckig halten.

## Welche Bedeutung hätte ein Wahlsieg der Republikaner?

Die Trump-Präsidentschaft hatte zur Folge, dass moderate Republikaner zu Außenseitern in der eigenen Partei wurden, während radikale Stimmen an Einfluss gewannen. So wurde Liz Cheney, die das Amtsenthebungsverfahren gegen Trump unterstützte und seine Behauptungen zur „Wahl-Lüge“ zurückwies, öffentlichkeitswirksam von ihrer Partei gemäßregelt und verlor ihren Wahlkreis. Ein Sieg der Republikaner bei den Zwischenwahlen in beiden Häusern des Kongresses würde den Rechtsruck und die ohnehin schon stark ausgeprägte politische Spaltung im Land vertiefen. Insbesondere die Verbreitung des Wahlfälschungs-Mythos zeigt einen bedenklichen Vertrauensverlust in Kerninstitutionen der US-Demokratie an.

Zwischenwahlen werden als Stimmungsbarometer für die politischen Kräfteverhältnisse im Land gewertet. Allerdings ist der Sieg der Republikaner in beiden Häusern des Kongresses nicht ausgemacht. Als Folge kürzlich vorgelegter verstörender und belastender Aussagen im Untersuchungsausschuss zu Trumps Rolle beim versuchten Staatsstreich am 6. Januar 2021 zeigen sich Risse im Republikanischen Feld. So haben

*Ein Sieg der Republikaner würde die Spaltung im Land weiter vertiefen.*

nicht alle von Trump unterstützten Kandidaten eine Nominierung für die Wahlen erlangen können. Kürzlich gewann sogar ein erklärter Kritiker von Trumps Wahlfälschungserzählung, Brad Raffensperger, die Nominierung der Republikanischen Partei für die Wahl des Staatssekretärs in Georgia. Zudem ist es, selbst wenn die Republikaner die Zwischenwahlen im November für sich entscheiden können, keinesfalls ausgemacht, dass sie auch 2024 die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Es folgt in den USA einer gewissen Tradition, dass die Partei eines neu gewählten Präsidenten bei den folgenden Zwischenwahlen eher Sitze im Kongress verliert, ohne dass sie deshalb die Präsidentschaftswahlen für sich entscheidet. Überdies erwarten Beobachter, dass die kürzlich getroffene kontroverse Entscheidung des Obersten Gerichts zur Abschaffung des Rechts auf einen Schwangerschaftsabbruch bei den Wahlen starke Mobilisierungseffekte auf Seiten der Demokraten haben wird; eine Mobilisierung der Basis findet bereits statt (Siders 2022).

Die Republikanische Partei ist, ebenso wie die Demokraten, kein monolithischer Block, sondern ein Sammelbecken für unterschiedliche

Strömungen. Das Wahlsystem macht Abspaltungen eher unwahrscheinlich, aber der innere Kampf führt durchaus zu Zerreißproben. Im Ringen um die Hegemonie des Trumpismus könnten die Republikaner jedoch den Bogen überspannt haben und nicht mehr, sondern eher weniger Zustimmung in der breiteren Wählerschaft finden. 🌐

### Literaturverzeichnis

- E. J. Dionne Jr. (2020): *Code Red – How Progressives and Moderates Can Unite to Save Our Country*. St. Martin's Press, New York.
- A. Gardner (2021): 'I just want to find 11,780 votes.' In extraordinary hour-long call, Trump pressures Georgia secretary of state to recalculate the vote in his favor. In: *The Washington Post*, 4. January 2021.
- A. Gardner / I. Arnsdorf (2022): More than 100 GOP primary winners back Trump's false fraud claims. In: *The Washington Post*, 14. June 2022
- Gallup (2021): „In Depths: Topics A-Z: Environment“. *Gallup*, 2021,
- D. Grohsgal / K. M. Kruse (2019): How the Republican majority emerged. In: *The Atlantic*, 6. August 2019.
- M. Jurkowitz / A. Mitchell / E. Shearer / M. Walker (2020): *U.S. Media Polarization and the 2020 Elections: A Nation Divided*. Pew Research Center, vgl. <https://www.journalism.org/2020/01/24/u-s-media-polarization-and-the-2020-election-a-nation-divided/>.
- J. McCarthy (2022). Same-Sex Marriage Support Inches Up to New High of 71%, vgl. <https://news.gallup.com/poll/393197/same-sex-marriage-support-inches-new-high.aspx>.
- Election Forecast (2022), vgl. <https://projects.fivethirtyeight.com/2022-election-forecast>.
- Pew Research Center (2022). *Public Opinion on Abortion*.
- D. Siders (2022). Roe Jolts the Midterms. 5 takeaways from the 2022 election midpoint. Trump is not beaten but beatable. In: *Politico*, 29. June 2022.

#### Prof. Dr. Christiane Lemke

geb. 1951, Emerita Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Politik und Europastudien an der Leibniz Universität Hannover und derzeit Visiting Professor im Department of Political Science an der University of North Carolina at Chapel Hill

[lemke@ipw.uni-hannover.de](mailto:lemke@ipw.uni-hannover.de)





## Die Demokratische Partei in den USA vor den Zwischenwahlen im November 2022

Michael Kolkmann

Bei den Zwischenwahlen zum US-Kongress am 8. November 2022 müssen die Demokraten ihre knappen Mehrheiten in beiden Häusern verteidigen. Sollten die Demokraten im November ihre Mehrheiten behaupten können, dürften sie zusammen mit Präsident Joe Biden auch in den beiden nächsten Jahren versuchen, ein umfangreiches Reformprogramm auf den Weg zu bringen.

Sollte es aber den Republikanern gelingen, in einer oder gar in beiden Kammern des Kongresses die Mehrheit zu übernehmen, dürften die nächsten beiden Jahre von einer erbitterten parteipolitischen Auseinandersetzung bestimmt werden. Die Biden-Administration sähe sich zahlreichen Untersuchungen im Kongress gegenüber; es wäre äußerst schwierig, ein nennenswertes legislatives Programm durchzusetzen. Zwar folgt dem Präsidenten im fragmentierten präsidentiellen System der USA die eigene Partei nicht automatisch, gleichwohl regiert es sich mit eigenen Mehrheiten („*unified government*“) unproblematischer als bei Mehrheiten der anderen Partei („*divided government*“), gerade in Zeiten starker parteipolitischer Polarisierung.

Die größte Herausforderung der Demokraten im November 2022 dürfte sein, sich gegen die Statistik zu behaupten. Mit wenigen Ausnahmen verliert die Partei des amtierenden Präsidenten in der Regel die Wahl zur Amtshälfte. In den 19 Zwischenwahlen seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Partei des Präsidenten in 16 jeweils fünf oder mehr Sitze im Repräsentantenhaus verloren – genau die Zahl an Sitzen, die die Republikaner im November 2022 für die Eroberung dieser Kammer benötigen. Im Jahre 2006 verloren die Republikaner von Präsident George W. Bush 30 Sitze im Repräsentantenhaus und sechs im Senat. Vier Jahre später büßten die Demokraten von Barack Obama sogar 63 Mandate im Repräsentantenhaus und sechs Sitze im Senat ein. Im Jahre 2014 waren es immerhin 13 Sitze im Repräsentantenhaus und neun im Senat, die verloren gingen. Vier Jahre später büßten die Republikaner von Präsident Trump 40 Sitze im Repräsentantenhaus ein, während sie im Senat zwei Sitze hinzugewinnen konnten.



Versucht sich in Außenpolitik: Vizepräsidentin Kamala Harris mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki in Warschau

### Die politische Stimmung in den USA

Zu diesen historischen Aspekten kommt die aktuelle politische Stimmung, die in den vergangenen Monaten für die Demokraten alles andere als positiv war. Im Frühsommer sahen Meinungsforscher die Republikaner im Vorteil. Sah es viele Monate danach aus, dass sie eine oder gar beide Kongresskammern übernehmen, haben jüngste Entwicklungen die Hoffnungen der Demokraten bestärkt, bei der Wahl erfolgreicher zu sein als von vielen Beobachtern gedacht. In Meinungsumfragen der vergangenen Wochen haben die Demokraten nicht nur gleichgezogen, sondern sind teilweise in Führung gegangen.

Zudem haben die Republikaner unter tatkräftiger Mithilfe Donald Trumps dafür gesorgt, dass in Bundesstaaten wie Arizona, Georgia, Ohio und Pennsylvania sehr extreme Kandidaten zur Senatswahl antreten, die sich in den Vorwahlen gegen moderate Mitbewerber durchsetzen konnten – Kandidaten, die bei der sehr konservativen Basis der Partei auf große Zustimmung stoßen, bei den eigentlichen Zwischenwahlen im November 2022 aber keine Chancen auf Erfolg haben dürften. An den Vorwahlen nehmen vor allem die Parteiaktivisten, die besonders Überzeugten teil, und garantieren damit den Sieg von Kandidaten, die in ideologischer Hinsicht weder dem Mainstream der eigenen Partei noch den des gesamten Wahlkreises repräsentieren. In den homogenen Wahlkreisen des Repräsentantenhauses sind die Trumpisten erfolgreicher als in Bundesstaaten, in denen unabhängige Zentristen den Ausschlag geben können.

Diese Entwicklung könnte dazu führen, dass die Demokraten wider Erwarten ihre Senatsmehrheit verteidigen oder sogar ausbauen könnten. Das hieße für Präsident Biden, dass er freie Positionen an den Bundesgerichten sowie wichtige Stellen in der Exekutive besetzen könnte; hierfür ist lediglich die Zustimmung des Senats erforderlich. Schwieriger würde es mit Blick auf legislative Erfolge, für die es Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses bedarf. Hatte das Wahlorakel *FiveThirtyEight.com* noch im Frühsommer die Wahrscheinlichkeit, dass die Republikaner eine Senatsmehrheit gewinnen können, auf 60 Prozent taxiert, so war die Einschätzung Mitte August zu einer 63-prozentigen Wahrscheinlichkeit geworden, dass die Demokraten ihre Mehrheit behaupten können.<sup>1</sup>

### Die Abtreibungsfrage

Einer der inhaltlichen Schwerpunkte der Wahlkampagne der Demokraten dürfte die Abtreibungsfrage sein. Denn das Urteil des Supreme Court vom 24. Juni 2022 hat den 50 Jahre alten Entscheid *Roe v. Wade* zur Erlaubnis von Schwangerschaftsabbrüchen US-weit gekippt. Dadurch ist die bri-

*Die Demokraten könnten ihre Senatsmehrheit verteidigen oder sogar ausbauen.*

sante Abtreibungsfrage auf der Agenda nach ganz oben geklettert. Mit dem Urteil des Supreme Courts ist auch dessen Rolle innerhalb des politischen Systems (noch) stärker in die Diskussion

geraten. Donald Trump hatte die Gelegenheit, während seiner Amtszeit drei neue Richter zu berufen, Joe Biden hat in seiner bisherigen Amtszeit mit Ketanji Brown Jackson nur eine neue Richterin berufen können. Somit verfügt das Gericht in vielen Fragen inzwischen über eine Mehrheit von 6:3 Stimmen zugunsten der konservativen Seite.

Ein Volksentscheid in Kansas Anfang August 2022 hat die Hoffnungen der demokratischen Strategen beflügelt, dass eine Mehrheit in der Gesellschaft sich eher für ein liberaleres Abtreibungsrecht ausspricht – anders als von den Republikanern erwartet.<sup>2</sup> Mit überwältigender Mehrheit haben die Bürger es abgelehnt, dass das in der Verfassung von Kansas verankerte

1 Vgl. FiveThirtyEight.com: Democrats are slightly favored to win the Senate, vgl. <https://projects.fivethirtyeight.com/2022-election-forecast/senate/?cid=rrpromo>.

2 Katie Glueck / Shane Goldmacher (2022): 'Your Bedroom Is on the Ballot': How Democrats See Abortion Politics After Kansas, vgl. <https://www.nytimes.com/2022/08/03/us/politics/democrats-abortion-kansas.html?searchResultPosition=11>.

Recht auf Abtreibung eingeschränkt wird – und das in einem Staat, den Donald Trump bei der Präsidentschaftswahl von 2020 mit 15 Prozentpunkten Vorsprung gewonnen hatte.

### Klimaschutz und Sozialprogramm

Eine wichtige Errungenschaft der bisherigen Wahlsaison war die Verabschiedung eines Gesetzespakets (*Inflation Reduction Act*) im August 2022.<sup>3</sup> Mit der entscheidenden Stimme von Vizepräsidentin Kamala Harris verabschiedet, dürfte es der bislang wichtigste Erfolg Bidens sein. 430 Milliarden US-Dollar werden künftig für Klimaschutz und Investitionen in den Sozialstaat bereitgestellt, allerdings weit entfernt von den ursprünglich geplanten 3,5 Billionen US-Dollar. Dieser Erfolg könnte eine Eigendynamik entwickeln.

Die Inflation befindet sich derzeit in der Tat auf dem höchsten Stand seit den frühen 1980er Jahren. Andere wirtschaftliche Parameter schauen besser aus: Nach Corona befindet sich die Arbeitslosigkeit auf dem Niveau von Ende 2019, die Produktivität liegt nur knapp darunter. Begleitet werden die kritischen Werte in der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation aber von insgesamt schlechten Umfragewerten für Biden. Kein Präsident vor ihm kam zu diesem Zeitpunkt seiner ersten Amtszeit auf so schlechte Werte. Die Popularitätswerte für Biden sind zuletzt angestiegen, verharren aber insgesamt auf einem bemerkenswert niedrigen Niveau.

### Die Wahlaussichten und die Zukunft der Demokratischen Partei

Das ideologische Profil der Demokraten fällt in einem politischen System mit zwei relevanten Parteien sehr breit aus. Gelegentlich wird die Partei als „*big tent party*“ bezeichnet, in der viele verschiedene politische Strömungen Platz finden. Insbesondere ist ein progressiver von einem moderaten Flügel zu unterscheiden. Entscheidend wird für den Wahlerfolg der Demokraten sein, ob sie die sogenannte „Obama-Koalition“ revitalisieren können. Bei der Wahl im Jahr 2020 konnten sich die Demokraten vor allem auf weibliche Wählerinnen (57 Prozent stimmten für die Demokraten) stützen. Zu den Bevölkerungsgruppen, die traditionell ebenfalls stark

3 Shane Goldmacher / Katie Glueck (2022): With Deal in Hand, Democrats Enter the Fall Armed With Something New: Hope, NYT, Midterms 2022 Daily Briefing, vgl. <https://www.nytimes.com/2022/08/09/us/politics/democrats-midterms-climate-tax-bill.html?searchResultPosition=7>.



demokratisch wählen, zählen jüngere Wähler (62 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen), Afroamerikaner (87 Prozent), Hispanics (63 Prozent), Asiatisch-stämmige Amerikaner (68 Prozent) sowie Erstwähler (66 Prozent).<sup>4</sup> Hispanics und Asiatisch-stämmige Amerikaner machen zwar nur kleine Teile der Gesamtbevölkerung aus, sind aber seit vielen Jahren im Wachsen begriffen.

Wichtig sind zudem längerfristige Trends, die die Wahl überlagern. Dazu zählt die Polarisierung zwischen Demokraten und Republikanern. Ein Indiz mit Blick auf die gegenseitige Wahrnehmung ergibt sich aus einer Umfrage des Pew Research Center. Sagten 2016 noch 47 Prozent der Republika-

*Die politische Mitte verschwindet seit geraumer Zeit.*

ner und 35 Prozent der Demokraten, die jeweils andere Partei sei sehr oder etwas „unmoralisch“, so behaupten dies im Jahre 2022 72 Prozent der

Republikaner und rund 63 Prozent der Demokraten. Etwa sechs von zehn Republikanern (62 Prozent) und mehr als die Hälfte der Demokraten (54 Prozent) haben dieser Umfrage zufolge eine sehr ungünstige Auffassung („*unfavorable*“) der jeweils anderen Seite. Im Jahre 1994 waren es in beiden Parteien jeweils weniger als ein Viertel, das dieser Aussage zustimmte.<sup>5</sup>

### Die zunehmende Polarisierung von Gesellschaft und Politik

Für die Zukunft der überparteilichen Kooperation in der US-Politik sind dies schlechte Nachrichten. Das präsidentielle System der USA steht für einen fragmentierten politischen Prozess. Potenziert werden die Schwierigkeiten, zu Übereinkünften zu kommen, durch diese nahezu durchgehende parteipolitische Polarisierung – in der Gesellschaft, in den Medien, im Kongress. Die politische Mitte verschwindet seit geraumer Zeit – also diejenigen Abgeordneten, die sich vorstellen können, in wichtigen Fragen mit Abgeordneten der anderen Seite zu stimmen, um zu politischen Kompromissen und damit zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen. Die Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses werden seit vielen Jahren immer kleiner und bewegen sich um die 50:50-Marke (während sich in früheren

4 Vgl. zu den detaillierten Ergebnissen: Exit Polls, CNN.com, vgl. <https://edition.cnn.com/election/exit-polls/house/national-results>.

5 The PEW Research Center: As Partisan Hostility Grows. Signs of Frustration With the Two-Party System, Report des PEW Research Centers, 9. August 2022, vgl. <https://www.pewresearch.org/politics/2022/08/09/as-partisan-hostility-grows-signs-of-frustration-with-the-two-party-system/>.

Jahrzehnten Parteien auf Zweidrittelmehrheiten stützen konnten). Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es nach einer Kongresswahl zu einem Mehrheitswechsel kommt. Umso wichtiger ist die Mobilisierung der eigenen Wähler am Wahltag, gerade weil die politischen Parteien in den USA nicht als Mitglieder-, sondern als Wählerparteien fungieren.

### Ausblick

Spätestens nach den Zwischenwahlen wird sich der Fokus der Öffentlichkeit auf die Präsidentschaftswahl des Jahres 2024 richten, unabhängig davon, ob Joe Biden ein weiteres Mal antreten wird oder nicht. Der Ausgang der Wahlen vom November 2022 wird über die Handlungsfähigkeit von Präsident Joe Biden in der zweiten Hälfte seiner (ersten) Amtszeit entscheiden: „Biden wird vielleicht keine eigentliche historische ‚Ära‘ ausbilden. Er leitet aber die wichtigste Demokratie der Erde in einer für sie wesentlichen, ja richtungweisenden Übergangs- und Transformationsphase (...) Dabei könnte er im historischen Rückblick als ‚Scharnier-Präsident‘ angesehen werden, der Wichtigeres an Krisen- und Umformungs-Dimensionen aufzunehmen und zu bewältigen hatte als viele Präsidenten in ‚normaleren‘ Zeiten vor und möglicherweise auch nach ihm“. <sup>6</sup> Joe Biden ist inzwischen in einem recht fortgeschrittenen Alter, aber eventuell der Einzige, der die Anti-Trump-Koalition von 2020 ein weiteres Mal zusammenbringen könnte. Aber auch für Donald Trump geht es bei den Zwischenwahlen um viel: Er steht nicht auf dem Stimmzettel, aber er hat sich stark in den Vorwahlkampf seiner Partei eingemischt. Das Ergebnis der Wahlen im November wird auch darüber entscheiden, welche Rolle er in Zukunft in der Republikanischen Partei spielen wird. <sup>7</sup> 🌐

<sup>6</sup> Roland Benedikter (2022): Joe Bidens Amerika. Einführung in ein gespaltenes Land. Berlin, S. 4.

<sup>7</sup> John Hudak (2022): The Brookings Institution, 18. August 2022, vgl. <https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2022/08/18/november-midterms-are-trumps-make-or-break-moment/>, The Brookings Institution, 18. August 2022.

#### Dr. Michael Kolkmann

geb. 1971, ab 2011 Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft (Lehrbereiche Regierungslehre und Policyforschung sowie Systemanalyse und Vergleichende Politikwissenschaft) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

[molkolkmann@gmail.com](mailto:molkolkmann@gmail.com)



## Stillstand auch nach den Wahlen

John B. Judis

In 30 der letzten 32 Jahre ist es den beiden großen US-Parteien, Demokraten wie Republikanern, nicht gelungen, ungeteilte Kontrolle über Exekutive und Legislative des politischen Systems zu erreichen. Wenn eine Partei das Weiße Haus kontrollierte, stellte die andere die Mehrheit in einer oder sogar beiden Kammern des Parlaments, dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Dies hat zu andauerndem politischen Stillstand geführt, da Vorschläge aus dem Weißen Haus blockiert wurden. Selbst erfolgreiche Vorstöße wurden bei dem Versuch verwässert, wackelige Mehrheiten auf die Beine zu stellen.

Seit dem vergangenen Jahr hatten Joe Biden und die Demokraten eine – wenn auch unsichere – Kontrolle über Legislative und Exekutive. Im Senat haben Demokraten wie Republikaner jeweils 50 Sitze, wobei die Vizepräsidentin als Zünglein an der Waage fungieren kann. Politische Differenzen innerhalb der Demokratischen Partei machten es jedoch bereits schwierig, auf 50 Stimmen zu kommen, während die Oppositionspartei im Senat bei den meisten Gesetzesinitiativen, so dem Wahlrecht oder Abtreibungsgesetzen, auf den sogenannten „Filibuster“ zurückgreifen kann. Dieser macht eine Mehrheit von 60 Stimmen erforderlich, um die entsprechenden Gesetze zu verabschieden. Lediglich einfachere Haushaltsmaßnahmen können mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

Bei den *midterm elections* im November 2022 könnten die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus wiedergewinnen, was der Biden-Administration die Verabschiedung wichtiger Gesetzespakete erschweren dürfte, selbst wenn die Demokraten den Senat halten. Dies könnte drastische Konsequenzen haben. So hat es der politische Stillstand zwischen Exekutive und Legislative in den letzten sechs Jahren von Obamas achtjähriger Amtszeit unmöglich gemacht, die Folgen der schweren Rezession abzumildern, die Infrastruktur instand zu setzen, oder das Land besser auf den internationalen Wettbewerb in einer kriselnden Weltwirtschaft vorzubereiten. Sollte die Regierungsmacht nach den Wahlen im November wieder geteilt sein, dürfte dies ähnlich nachteilige Auswirkungen auf das Land und die Welt haben. So könnte das Repräsentantenhaus nicht mehr bereit sein, großzügige Militärhilfen an die Ukraine zu bewilligen.



Die US-Demokratie in Gefahr: Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021

### Gründe für den Stillstand in der US-Parteipolitik

Dieser Stillstand hat zweierlei Gründe, wobei einer davon bis in die Gründungsphase der USA zurückreicht. Der andere liegt in Machtverschiebungen und veränderten Parteikoalitionen der vergangenen 50 Jahre begründet.

Um eine Tyrannei zu verhindern, erfanden die Gründerväter der USA ein System, das den Stillstand geradezu einlud. Diese Struktur sollte, wie es James Madison in *The Federalist* ausdrückte, „ein Hindernis (...) für unangemessene Gesetzesakte“ darstellen. Die US-Verfassung etablierte eine Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative, die jeweils die Initiativen der anderen blockieren können. Die Verteilung der Macht zwischen den Bundesstaaten, die etwa kleineren, dünn besiedelten Staaten wie Delaware und Wyoming gleiche Stimmrechte im Senat einräumt, macht es für die Mehrheit zudem schwer, ihren Willen durchzusetzen. Dies zeigte sich zuletzt eindrucksvoll in der Tatsache, dass der kleine, kohlefördernde Bundesstaat West Virginia in der Lage war, die Klimagesetzgebung nach seinem Willen zu gestalten.

Der zweite Grund geht auf den Niedergang der informellen, Demokratischen Koalition zurück, die die US-Politik zwischen 1932 und 1968 dominiert hatte. Diese lose Koalition führender Strömungen der



US-amerikanischen Politik hatte in dieser Zeit für 24 Jahre uneingeschränkte Kontrolle über die Regierung und konnte auf diese Weise signifikante Gesetzesvorhaben, vom *Social Security Act* (1935), dem *National*

*Die bedeutendste Entwicklung war der Niedergang der Arbeiterbewegung.*

*Labor Relations Act* (1935) bis hin zu *Medicare* (1965) und der Bürgerrechtsgesetzgebung (1964), verabschieden. Zwar erhielten diese Vorhaben einige Unterstützung vonseiten des Unternehmertums, so von der extraktiven Industrie oder der Wall Street, wurden

aber letztlich von der Arbeiterbewegung getragen, die bis in die 1950er Jahre etwa ein Drittel der nicht in der Landarbeit tätigen Lohnabhängigen repräsentierte. Dieser Mikrokosmos war emblematisch für den Demokratischen Pluralismus des *New Deal*, der die Arbeiterschaft als Gegengewicht zum Unternehmertum in Stellung brachte. Auch wenn die Unternehmer immer noch das endgültige Zustandekommen der Gesetzesvorhaben prägten, waren sie dennoch gezwungen, auf die Forderungen der Arbeiterschaft einzugehen. All dies änderte sich gegen Ende der 1960er Jahre.

Die Unterstützung der Demokraten für die Bürgerrechtsgesetzgebung sowie für die Armutsbekämpfung, die sich nach Unruhen an in den Städten lebende Afroamerikaner richtete, entfremdete der Partei viele weiße Demokraten aus der Arbeiterschicht, insbesondere in den Südstaaten. Die Unterstützung der Demokratischen Partei für die Aufhebung der Rassentrennung an Schulen, in deren Zuge schwarze Kinder mit Bussen an weiße Schulen gebracht wurden und umgekehrt, sorgte zudem für Entfremdung bei weißen Wählern in den Städten, die zunehmend in die Vorstädte flohen und zum Niedergang der städtischen Parteimaschinerie beitrugen. Nachdem sich die Demokraten mit der Gegenkultur und dem Feminismus der 1960er Jahre identifizierten, wandten sich auch Evangelikale vom Land, die entweder Demokraten gewesen waren oder kein Interesse an Politik hatten, von der Partei ab. Gleichzeitig wechselten viele Wähler mit College-Ausbildung, die in Berufen wie dem Lehramt oder der Krankenpflege arbeiteten, zu den Demokraten, während sich die Republikaner den weißen *backlash* zunutze machten sowie die religiöse Rechte für sich gewinnen konnten.

### Rascher Niedergang der Arbeiterbewegung war entscheidend

Die bedeutendste Entwicklung war jedoch der rasche Niedergang der Arbeiterbewegung, der in den 1970er Jahren begann. So heuerten Konzerne

gewerkschaftsfeindliche Berater an, sprengten Gewerkschaften, indem sie Streikende entließen und sie durch andere Beschäftigte ersetzten oder widersetzten sich Versuchen der Carter-Administration, das Arbeitsrecht zu verschärfen. Um die Gründung von Gewerkschaften zu vermeiden, wurden manche Fabriken vom Norden in den Süden der USA oder gar ins Ausland verlegt, während es der durch legale und illegale Einwanderung verursachte Überschuss an ungelernten Arbeitskräften den Gewerkschaften erschwerte, Angebote für den Niedriglohnsektor zu organisieren oder Erfolge im Bausektor zu erzielen. Zu Beginn des neuen Jahrtausends repräsentierten die Gewerkschaften nur rund 10 Prozent der Arbeiterschaft, während sie in vielen Bundesstaaten nicht mehr präsent waren. Anfang der 2000er Jahre führte die Konkurrenz durch China sowie die Attraktivität billiger mexikanischer Arbeitskraft dazu, dass selbst Kleinstädte oder mittelgroße Städte mit Produktionsbetrieben in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dies sorgte wiederum für Ressentiments, die sich in erster Linie gegen die Demokraten richteten, da die Partei für Handelsabkommen mit China und Mexiko eingetreten war.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte sich das alte Parteiensystem in Wohlgefallen aufgelöst. Die Demokraten hatten einen Großteil ihrer Unterstützung aus der weißen Arbeiterklasse verloren, und griffen stattdessen auf eine Koalition aus Afroamerikanern, Latinos, Asiaten sowie gehobenen Beschäftigten in den großen städtischen Zentren zurück, die zumeist im öffentlichen Dienst, bei Hightech-Dienstleistungen oder gemeinnützigen Organisationen tätig sind. Die Gewerkschaften hatten dabei geholfen, die Arbeiterschaft im Lager der Demokraten zu halten, selbst wenn sie in sozialen Fragen nicht einer Meinung waren. Mit dem Niedergang der Gewerkschaften verloren die Demokraten auch jene Wähler, die zu der Überzeugung gelangt waren, dass die Partei ihre Waffen konfiszieren oder die Grenze für illegale Einwanderung öffnen würde.

*Das dominierende Thema bei US-Wahlen ist immer noch die Wirtschaft.*

Mit dem Machtverlust der Gewerkschaften änderte sich auch die Stoßrichtung der Demokratischen Wirtschaftspolitik. So war die Partei zuvor für protektionistische Maßnahmen und Grenzkontrollen gegen illegale Einwanderung und Gastarbeiter eingetreten, da diese die Löhne drücken würden. Zudem befürworteten die Demokraten eine Deckelung von Vorstandsgehältern oder Steuererhöhungen für Reiche und Großkonzerne. Mit dem Machtverlust der Gewerkschaften verringerte sich jedoch auch die Unterstützung der Partei für Protektionismus, Einwanderungskontrolle

oder Unternehmensregulierung, während sie signifikante Unterstützung aus dem Silicon Valley, der Wall Street oder Hollywood hinzugewinnen konnte. Diese Parteispender waren oft glühende Unterstützer liberaler Zwecke oder von Umweltschutzmaßnahmen. In Sachen Parteispenden könnten diese Anhänger die durch den Niedergang der Gewerkschaften verursachten Verluste zwar wettmachen – allerdings zu einem politischen Preis. Denn im Laufe der Zeit verlor die Bezeichnung „liberal“ ihren in der *New Deal*-Ära geprägten wirtschaftspolitischen Fokus und wurde stattdessen mit Unterstützung für Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Schusswaffenregulierung oder *affirmative action* gleichgesetzt.

Die Republikaner gewannen ihrerseits Anhänger bei den Farmern und zahlreichen kleineren und mittleren Unternehmen, insbesondere aus der Kohle- und Mineralölindustrie, die sich infolge Demokratischer Umwelt- und Klimaschutzbestrebungen zu glühenden Unterstützern der Republikanischen Sache entwickelten. Außerdem konnten die Republikaner desillusionierte Arbeiter als Anhänger gewinnen, die den Demokraten seit Anfang der 1960er Jahre zunehmend den Rücken gekehrt hatten. Letztere Gruppe war überwiegend weiß, umfasste zuletzt jedoch auch immer mehr berufstätige Latinos. Im Ergebnis glich sich die Stärke der beiden Koalitionen immer weiter an. Während die großen Metropolregionen um Städte wie New York, Boston, Chicago, Los Angeles und San Francisco von den Demokraten kontrolliert werden, ist ein Großteil des Südens, der lange eine Bastion der Rassentrennung und des protestantischen Fundamentalismus war, Republikanisch geprägt, ebenso wie die landwirtschaftlich dominierten Gemeinden im Westen sowie das ländliche und kleinstädtische Amerika. Würde die US-Verfassung die Macht strikt nach nationalen Mehrheiten verteilen, so wären die Demokraten den Republikanern zahlenmäßig überlegen. Doch da die Verfassung kleineren oder dünn besiedelten Bundesstaaten wie Wyoming oder North Dakota unverhältnismäßig große Macht zubilligt, ist jede der beiden Parteien zu einem bestimmten Zeitpunkt imstande, nationale Mehrheiten zu erzielen.

Die *New Deal*-Demokraten, die bis 1968 die Regierung stellten, bezogen einen Großteil ihrer Anziehungskraft daraus, sich selbst als die Partei des „einfachen Mannes“ zu verkaufen, während die Republikaner als Partei des Unternehmertums dargestellt wurden. Der Niedergang der Gewerkschaften und der Aufstieg des Silicon Valley innerhalb der Demokratischen Partei hat dazu geführt, dass viele Wähler in zahlreichen wirtschaftlichen Fragen kaum noch einen politischen Unterschied zwischen

beiden Parteien erkennen können. Stattdessen definiert sich dieser Unterschied über die Haltung in sozialen Fragen wie Abtreibung oder Schusswaffenregulierung, was in gewisser Weise an die 1920er Jahre erinnert, als beide Parteien über ihre Unterstützung oder Gegnerschaft zur Prohibition definiert wurden.

### Die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation

Das dominierende Thema bei US-amerikanischen Wahlen ist immer noch die Wirtschaft, wobei Zuspruch für beide Parteien weniger konkreten wirtschaftlichen Erfolgen geschuldet ist, sondern vielmehr der Tatsache, ob sie zu einem Zeitpunkt wirtschaftlicher Prosperität oder einer ökonomischen Schieflage an der Macht waren. So ist die Biden-Administration allenfalls indirekt für die derzeitige Inflation verantwortlich, während Lieferkettenengpässe und der Anstieg der Öl- und Gaspreise im Zuge des Ukrainekrieges als eigentliche Ursache anzunehmen sind. Doch falls die Demokraten die Wahlen im November verlieren sollten, dürfte dies größtenteils darauf zurückzuführen sein, dass die Wähler die Partei für die Inflation verantwortlich machen. Soziale Fragen dürften im Wahlkampf ebenfalls zum Thema werden. Unter dem Einfluss von Aktivisten haben beide Parteien Extrempositionen entwickelt, die den meisten US-Bürgern kaum zu vermitteln sind. So konnten die Republikaner bereits davon profitieren, dass die Demokraten mit der Forderung nach einem Mittelentzug für die Polizei oder scheinbarer Gleichgültigkeit gegenüber illegaler Einwanderung in Verbindung gebracht wurden. Diese Themen werden auch im November eine Rolle spielen, ebenso wie die Unterstützung der Demokraten für eine bevorzugte Behandlung von Afroamerikanern bei Universitätszulassungen oder der Einstellung. Den Republikanern dürfte ihrerseits ihre Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen zu schaffen machen, die durch den Supreme Court-Entscheid gegen den Präzedenzfall *Roe v. Wade* am 24. Juni 2022 erneute Aufmerksamkeit erfahren hat. Denn eine Mehrheit spricht sich gegen ein vollständiges Verbot von Abtreibungen aus. Der Gerichtsentscheid kippt derweil das unumstößliche Recht auf Schwangerschaftsabbruch und gibt interessierten Bundesstaaten damit freie Hand, Abtreibungen komplett zu verbieten.

All dies hat dazu geführt, dass sich die beiden Parteien seit dem Jahr 1980 an der Macht abgewechselt haben, je nachdem wie gut die Wirtschaft lief (auch wenn ihre jeweiligen Politiken nicht unbedingt etwas damit zu tun



hatten) und je nachdem, welche sozialpolitische Extremposition beider Parteien im Vorfeld der Wahlen hervorstach. Letztlich bleiben die USA damit in einem Zustand gefangen, den der Politikwissenschaftler Walter Dean Burnham als „*unstable equilibrium*“, als instabiles Gleichgewicht, bezeichnet hat. Daran dürfte sich im November kaum etwas ändern. 🌐

*Aus dem Englischen von Angela Unkrüer*



**John B. Judis**

geb. 1941, Editor-at-Large bei Talking Points Memo, Autor des kürzlich erschienenen Werks *The Politics of Our Time: Populism, Nationalism, Socialism*. Er arbeitet derzeit gemeinsam mit Ruy Teixeira an einem Buch mit dem Titel *Where Have All the Democrats Gone?*

[jbjudis@gmail.com](mailto:jbjudis@gmail.com)

# International

Die Zeitschrift für internationale Politik

IV/2022 • 7,50 €

Die Aktivistin Alaa Salah bei einer Demo im April 2019, fotografiert von Lana Haroun



## Sudanesische Revolution: Frauen im Widerstand

Friedenspolitik | Neutralität | China | Ukraine | Samarkand | USA | EU-Asylpolitik  
Afrikanische Union | Sambia | Kolumbien | Staatsverschuldung | BRICS | Welternährung

Jetzt erhältlich: Ausgabe IV/22

## Sudanesische Revolution: Frauen im Widerstand

Eine unabhängige  
und kritische Stimme zur  
österreichischen Außenpolitik

Kostenlose Probehefte: [office@international.or.at](mailto:office@international.or.at)

Webseite: [www.international.or.at](http://www.international.or.at)

Wöchentliche aktuelle Kommentare

auf dem INTERNATIONAL YouTube-Kanal

## **WeltTrends – Das außenpolitische Journal**

Gegründet 1993 von Erhard Crome, Jochen Franzke, Bogdan Koszel, Raimund Krämer, Claus Montag (†), Andrzej Sakson, Lutz Schrader und Wolfram Wallraf  
Herausgeber: WeltTrends e.V.  
Chefredakteur: Raimund Krämer (V.i.S.d.P.)  
Stv. Chefredakteurin: Anne Klinnert  
Redakteure: Angela Unkrüer, Majd El-Safadi  
Red. Mitarbeit: Kai Kleinwächter, Frank König, Michael Zantke, Thomas Zelt  
Lektorat: Angela Unkrüer  
Satz & Produktion: printlayout & webdesign, Ivo Olias, Potsdam  
Druck: Kollin Medien GmbH, Neudrossenfeld

### **Kontakt**

Redaktion *WeltTrends*  
+49 (0)331 / 721 20 35 | [redaktion@welttrends.de](mailto:redaktion@welttrends.de)

### **Mediadaten**

Erscheinungsweise: monatlich  
Einzelpreis: 5,80 € (zzgl. Porto)  
Abonnement: 58 €, ermäßigt 48 € (zzgl. Porto)  
Institutionen-Abo: 98 €  
E-Abonnement: 28 € (PDF-Datei)  
ISSN: 0944-8101  
Ausgabe 192: Majd El-Safadi (Hrsg.)  
USA: Zerrissene Weltmacht  
WeltTrends, Potsdam 2022  
ISBN: 978-3-947802-91-3

### **Erscheint bei WeltTrends – Potsdamer Wissenschaftsverlag**

Geschäftsführer: Klaus Schmidt  
Büro: Georgi Spetischwili  
Pressesprecher: Hubert Thielicke  
Schatzmeister: Uwe Rechlin  
Konto-Verbindung: Mittelbrandenburgische Sparkasse  
IBAN DE 78 1605 0000 3504 0024 16  
Kontakt: WeltTrends | MedienHaus Babelsberg  
August-Bebel-Str. 26–52 | D-14482 Potsdam  
Tel.: +49 (0)331 / 721 20 35 | Fax: +49 (0)331 / 721 20 36  
[verlag@welttrends.de](mailto:verlag@welttrends.de) | [www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

Die zum Ausdruck gebrachten Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise denjenigen der Herausgeber oder der Redaktion.

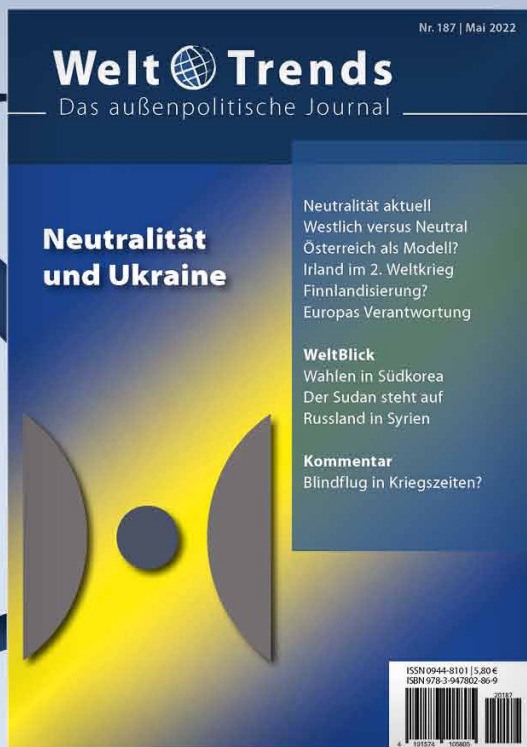
© WeltTrends, Potsdam 2022

### **Bildnachweise Ausgabe 192:**

Cover: fluke samed / shutterstock (Montage: Ivo Olias)  
Seite 2 (2): wikipedia.org / belta.by / CC BY 3.0  
S. 2 (1+3): pixabay.com  
Seite 3 (oben) + 63: Everett Collection / shutterstock.com  
Seite 5: CC BY-SA 4.0 / Didier Moïse  
Seite 11: exsileentroot / shutterstock.com  
Seite 15 (Karte): cia.gov  
Seite 21: White House Photographic Office  
Seite 27 und 39: gemeinfrei  
Seite 33: C Scott / shutterstock.com  
Seite 45: Thomas Hengge / shutterstock.com  
Seite 55: Drop of Light / shutterstock.com

## **Wissenschaftlicher Beirat**

Dr. Behrooz Abdolvand, Berlin  
Dr. Wolfram Adolph, Potsdam  
Prof. Dr. Jürgen Angelow, Potsdam  
Dr. Vladislav Belov, Moskau  
Dr. Dr. Roland Benedikter, Breslau / Bozen  
Prof. Dr. Sergej Birjukow, Kemerowo  
Dr. Rainer Böhme, Dresden  
Dr. habil. Erhard Crome, Berlin  
Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Leipzig  
Dr. Petra Erler, Potsdam  
Prof. Dr. Wilhelm Ersil, Potsdam  
Dr. (PhD) Ali Fathollah-Nejad, Berlin / Beirut  
Ryszarda Formuszewicz, Warschau  
Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Hamburg  
Dr. Vladimir Handl, Prag  
Prof. Dr. Ralf Havertz, Daegu  
Dr. Wladimir Jewsejew, Moskau  
Prof. Dr. Heinz Kleger, Potsdam  
Prof. Dr. Lutz Kleinwächter, Potsdam  
Prof. Dr. Bogdan Koszel, Posen  
Dr. Mario Kölling, Madrid  
Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek, Kleinmachnow  
Prof. Dr. Klaus Larres, Chapel Hill  
Prof. Dr. Ralf J. Leiteritz, Bogotá  
Prof. Dr. Yuru Lian, Beijing  
Prof. Dr. Krzysztof Malinowski, Posen  
Prof. Dr. Henning Melber, Uppsala / Pretoria  
Dr. Hans Misselwitz, Berlin  
Prof. Dr. Beata Molo, Krakau  
Prof. Dr. Götz Neuneck, Hamburg  
Dr. Holger Politt, Warschau  
Prof. h.c. Alexander Rahr, Berlin  
Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel  
Prof. Dr. Andrzej Sakson, Posen  
Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Dresden  
Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn  
Prof. Dr. Wilfried Schreiber, Berlin  
Dr. sc. Wolfgang Schwarz, Berlin  
Prof. Dr. Dieter Segert, Wien  
Prof. Dr. Bulat Sultanov, Almaty  
Dr. Hubert Thielicke, Berlin  
Achim Wahl, Berlin  
Prof. Dr. habil. Thadeusz Wallas, Posen  
Dr. habil. Wolfram Wallraf, Fichtenwalde  
Prof. Dr. Raina Zimmering, Berlin







## Russland: Hegemon, Imperium oder ganz normaler Nationalstaat?

Hans-Heinrich Nolte

Wie die Nationalstaaten im Weltsystem und der dadurch etablierten formalen Gleichheit<sup>1</sup> miteinander umgehen,<sup>2</sup> kann man grob auf einer Skala zwischen Imperium<sup>3</sup> und Union skizzieren. In ersterem werden Entscheidungen in der Hauptstadt schnell dekretiert, in letzterem in vielen Hauptstädten zuerst beraten und nur langsam entschieden, auch wenn ein Hegemon die Feder führt. Nach mehr als 3.000 Jahren Geschichte der Imperien ist deutlich, dass zentralistische Imperien der Vielfalt und den Verschränkungen von Macht im 21. Jahrhundert nicht mehr entsprechen und nur Unionen mit der neuen Komplexität angemessen umgehen können.<sup>4</sup>

Falls die beiden wichtigsten Partner in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Indien und China, dabei bleiben, kann man annehmen, dass die Konfrontation zwischen Westen und Osten, NATO und SOZ, andauern wird.<sup>5</sup> In dem Fall geht es um zwei Hegemonien oder Imperien, für die offensichtlich die USA und China die aussichtsreichsten Kandidaten sind. Ist der Ukrainekrieg auch ein letzter Versuch Russlands, sich seine eigene Kandidatur für die Spitze im Osten offenzuhalten?

Im Westen geht man davon aus, dass die USA sich hegemonial durchsetzen werden, und in der Tat würde ein imperialer Stil weder zur Tradition der USA als Union von Staaten noch zu der Tatsache passen, dass mit dem Vereinigten Königreich und Frankreich zwei Atom- und Veto-Mächte zum Westen und konkret zur NATO gehören, die in keinem Fall auf eigene Interessen verzichten würden. Aber auch für den Osten ist wenig wahrscheinlich, dass eine imperiale Führung Erfolg hat: Pakistan z. B. wird sich genauso wenig einer Neuauflage eines chinesischen

1 Einführend Die Welt als System. In: Welt Trends 183, Januar 2022, S. 20-53.

2 Ulrich Menzel (2015): Die Ordnung der Welt. Suhrkamp, Berlin. Vgl. auch ders. (2011): Die Hierarchie der Staatenwelt. In: Zeitschrift für Weltgeschichte 11.1 (2011) S. 161-191.

3 Hans-Heinrich Nolte (2017): Kurze Geschichte der Imperien. Boehlau, Wien.

4 Hans-Heinrich Nolte (2009): Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Boehlau, Wien, S. 343 – 404.

5 Im Erscheinen: Eurasien zwischen dem alten Osten und dem neuen Westen. Zeitschrift für Weltgeschichte 23.1, mit Beiträgen von Peter Antes, Andrea Komlosy, Klaus Weber, Ralf Roth, Yasar Aydin, Dariusz Adamczyk.





Proteste gegen das „Russische Imperium“ in Kiew in der Nähe der russischen Botschaft

Imperiums unterordnen wie Indien, jener Staat mit den meisten Einwohnern, einer vorzüglichen strategischen Lage und einer eigenen imperialen Geschichte. Allerdings bleibt die Möglichkeit, dass China sich über den Konflikt um Taiwan oder um die Expansion ins Südchinesische Meer ähnlich in Territorialkonflikte verbeißt wie Russland in den Ukraine Konflikt.

Im Westen wie im Osten ist umfassende Führung nur indirekt, durch Einsatz diplomatischer und finanzieller sowie bedauerlicherweise auch militärischer Mittel und mit Ansprüchen großer Konzepte erfolgversprechend. China hat mit dem Projekt der „Eisernen Seidenstraße“ ein Entwicklungsprojekt gewählt – den USA wurde durch den Angriff Russlands auf die Ukraine eine neue Auflage des „Kampfes für die Freiheit“ in den Schoß gelegt. Das Konzept, die „gesunden“ Staaten gegen westlichen Niedergang anzuführen, das Sergej Karaganow für Russland beansprucht,<sup>6</sup> bietet dagegen keine zukunftsweisende Perspektive. Russland hat sich vielmehr durch die beiden Ukrainekriege (2015 und 2022<sup>7</sup>) als Hegemon der SOZ disqualifiziert. Das macht auch ein Vergleich des dritten Irak- und des zweiten Ukrainekriegs deutlich, der bei manchen Ähnlichkeiten die Differenz zu den USA zeigt.

6 Z.T. übersetzt im Rundbrief des VGWS 319 (29. Januar 2022).

7 Zum Verlauf des zweiten Ukrainekrieges, vgl. <https://www.faz.net/politik/ausland/ukraine-krieg-> (zuletzt: Jens Giesel / Oliver Schlömer: Karten neu gemischt, FAZ 23. Juli 2022).

### Der dritte Irakkrieg und der Ukrainekrieg

Beide Kriege fallen in eine Periode nach 1990, in der sich mehrere Mächte mit Begründungen des humanitären Völkerrechts über die UN-Satzung hinweggesetzt haben, die den Einsatz militärischer Mittel (außer zur Selbstverteidigung) an die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats bindet. Diese politische Wende ging mit neuer Hochrüstung, einer Remilitarisierung der internationalen Beziehungen und einer Zunahme der Propaganda einher. Die USA haben zur Begründung des Angriffs auf den Irak vorgebracht, dieser entwickle Massenvernichtungsmittel; Russland führte zur Begründung des Angriffs auf die Ukraine an, diese verübe einen Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung. Beide Begründungen waren *fake news*; irakische Massenvernichtungsmittel wurden nicht gefunden und die Nachteile für russische Publikationen in der Ukraine, welche die Sprachgesetzgebung Kiews 2019 vorsah, können keineswegs als Genozid bezeichnet werden. Ein Unterschied lag darin, dass die USA sich um die Weltöffentlichkeit bemühten und immerhin ein Votum zu ihren Gunsten erreichten, während Russland ohne Votum der UN und überfallartig vorging.

Beide Kriege gingen von einer großen militärischen Überlegenheit des Angreifers aus. In der Tat gelang den USA und ihren Bundesgenossen eine vollständige Niederlage des vorweg diplomatisch isolierten Gegners einschließlich der Gefangennahme des gegnerischen Präsidenten. Russland hatte die Ukraine vor dem Angriff keineswegs diplomatisch isoliert und es gelang auch nicht, das Land in kurzer Frist zu überwältigen oder den Präsidenten gefangen zu nehmen. Im Gegenteil! Mit Verweis auf die Verluste an Zivilisten durch die Rücksichtslosigkeit des russischen Vorgehens wurde im Westen eine emotionale Hilfswelle für die Ukraine möglich, welche durch die Fluchtwelle nach Polen und auch Deutschland konkrete Anhaltspunkte fand. Viele Staaten, besonders der EU, waren bereit, kurzfristig Waffensysteme zu spenden. Entscheidend war die eindeutige Unterstützung durch die USA, in denen es eine große ukrainische „Gemeinde“ gibt, die aber auch als Garantiemacht des Budapester Abkommens (das Territorium und Unabhängigkeit der Ukraine garantiert) durch den russischen Angriff herausgefordert ist.

## Sind die völkerrechtlichen Reaktionen vergleichbar?

Nach dem Irakkrieg sind Sanktionen der UN wegen der Verletzung der Friedenspflicht und wegen der vor der UN vorgebrachten falschen und im klassischen Sinne kriegshetzerischen Nachricht über Massenvernichtungsmittel nicht erfolgt; eine Verurteilung nach der UN-Charta wurde durch das Veto der beteiligten Großmächte verhindert. Über Verletzungen des Völkerrechts im Irakkrieg wurde die Weltöffentlichkeit nur durch Wikileaks informiert. Die US-Regierung hat die Anzuklagenden nicht an den Internationalen Gerichtshof ausgeliefert, verlangt aber die Auslieferung des Whistleblowers an die US-amerikanische Gerichtsbarkeit. Schätzungen über die Zahl ziviler Opfer durch den US-amerikanischen Angriff auf den Irak variieren zwischen 115.000 und 600.000 Personen.

Hat der dritte Irakkrieg den politischen Habitus in Moskau verändert? Wladimir Putin hatte ihn seinerzeit als Angriffskrieg verurteilt: eine fremde Regierung durch Intervention zu stürzen sei inakzeptabel.<sup>8</sup> Mit dem 2022 erhobenen Vorwurf, die Ukraine produziere Massenvernichtungsmittel, imitierte der russische Außenminister Lawrow anscheinend Colin Powells Falschmeldung vor den UN im Jahre 2003. Die Tendenz des „Jetzt-sind-wir-an-der-Reihe“ halte ich für einen wichtigen Strang der russischen Geistesgeschichte,<sup>9</sup> aber seine Bedeutung (oder Bedeutungslosigkeit) in diesem Fall kann nur nach Einsicht in die Akten festgestellt werden – was bewegt Wladimir Putin und die russische Elite wirklich?

Trotzdem ist zu vermuten, dass die völkerrechtliche Behandlung der russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine ähnlich unbefriedigend verlaufen wird, wie die der US-amerikanischen Truppen im Irak. Ukrainische (und auch deutsche) Prozesse sind möglich, wenn die Beschuldigten sich im Gewahrsam der entsprechenden Staaten befinden. Auch ist Russland kein Mitglied des Internationalen Gerichtshofs und wird (so lange keine Niederlage Russlands erfolgt, was nicht möglich ist, da das Land ja nicht einmal angegriffen wurde) niemanden ausliefern. Zudem dürfte Russland mit seinem Veto Verurteilungen in der UN verhindern.

8 <https://de.wikipedia.org/wiki/Irakkrieg>, eingesehen 29. März 2022.

9 Vgl. Hans-Heinrich Nolte: Imperialismus – Universalismus – Nationalismus, in: [www.vgws.org/files/vgws\\_dp\\_008.pdf](http://www.vgws.org/files/vgws_dp_008.pdf).

## Keinen Anspruch auf Führung

Russland hat sich durch die beiden Ukrainekriege aus dem Kreis denkbarer Führer der SOZ hinauskatapultiert. Politisch, weil es nicht gemeinschaftsbildende, sondern egoistische Ziele propagiert und leichtfertig Militär einsetzt. Militärisch, weil diese Mittel sich als begrenzt erwiesen haben, z. B. scheinen sie den US-amerikanischen Artilleriesystemen nicht gewachsen. Ökonomisch, weil Russlands globale Stellung marginal ist: Das BIP des Landes beträgt nicht einmal ein Zehntel Chinas und der USA und weniger als die Hälfte Deutschlands.<sup>10</sup> Trotzdem sind die ökonomischen Mittel Russlands gegenüber Osteuropa einschließlich Ostdeutschlands beachtlich, zumal die Politiker Deutschlands, Polens oder Estlands in der Phase nach dem Zusammenbruch der UdSSR (von Wissenschaftlern wie dem Autor<sup>11</sup> fehlerhaft beraten) den Ausbau eines schon vorhandenen, vom RGW geerbten regionalen Rohstoffmonopols zugelassen haben. Diplomatisch ist Russlands Stellung auf die Solidarität der anderen SOZ-Mitglieder angewiesen.

10 Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 26. Juli 2022.

11 Ich habe dafür plädiert, eine Union der Länder östlich von Deutschland zu fördern, was m.E. eine langfristige gute Entwicklung auf beiden Seiten hätte unterstützen sowie und den Machtzuwachs Chinas hätte begrenzen können. Da ich nicht mit dem Einsatz militärischer Mittel rechnete, habe ich die Brennstoffversorgung der ehemaligen RGW-Länder jedoch auch bei einer Konfrontation mit Russland (wie sie durch die Osterweiterung der EU eher möglich wurde) für zuverlässig gehalten.

### ANZEIGE



Erhard Crome (Hrsg.)

### **Zeitenwende?**

#### **Der Ukraine-Krieg und die deutsche Außenpolitik**

Der Potsdamer Außenpolitische Dialog 2022 widmete sich den Veränderungen in der deutschen Außenpolitik seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine. Darüber hinaus ging es um Alternativen für mehr Friedenspolitik und Diplomatie statt Aufrüstung. Die Publikation präsentiert Ergebnisse dieser jährlichen außenpolitischen Fachtagung.



Entscheidend ist aber, dass Russlands Politik nicht global, sondern postimperial ist. Es ordnet die großen Fragen kleinräumigen Grenzverbesserungen unter, verbrennt sein Militär in Scharmützeln um Vorstädte und nimmt die Abwertung in den meisten Mediensystemen der Welt leichtfertig in Kauf. Nicht zuletzt riskiert Russland den Verlust des europäischen Brennstoffmarkts, wodurch es noch abhängiger von China wird. Selbst wenn Russland den zweiten Ukrainekrieg gewinnen oder doch erträglich abschließen sollte, kann es kaum Anspruch auf eine Führungsrolle in der SOZ erheben. Russland fehlen die Mittel, um auf der Ebene der USA oder Chinas mit Aussicht auf Erfolg um eine hegemoniale Position zu kämpfen.<sup>12</sup> Die UdSSR wollte eine Union sein; will Russland die *Renovatio Imperii*? Bietet nicht der normale – föderativ organisierte – Nationalstaat eine bessere Alternative? 🌐

12 Übrigens auch vom Geschichtsbild her nicht: Die Annexion des alten Tatarenkhanats Krim und (möglicherweise) der Weidegründe der nach der russischen Eroberung 1783 verdrängten und vor allem im 19. Jahrhundert vor der imperialen Expansion geflohenen turksprachigen und muslimischen Nogaier zwischen Dnjepr und Asowschen Meer ist kein Ziel, mit dem man Sympathien in der muslimischen Welt gewinnt oder sich an die Spitze der kolonialismuskritischen Bewegungen setzt.

#### Prof. em. Dr. Hans-Heinrich Nolte

geb. 1938, ab 1980 Professor für osteuropäische Geschichte in Hannover, 2003 Ruhestand. Gastprofessuren in Lincoln/Nebraska, Woronesch und Wien. 2000 Gründung der „Zeitschrift für Weltgeschichte“. Ehrenvorsitzender des Vereins für Geschichte des Weltsystems e.V.

[www.vgws.org](http://www.vgws.org)



ANZEIGE



#### WeltTrends 191 | September 2022 Strategische Instabilitäten

Kennen Sie „VUCA“? Das Akronym steht für „volatile, uncertain, complex, ambiguous“ und beschreibt den derzeitigen Zustand der Welt. Im Thema diskutieren Autoren aus China, Russland und Deutschland diese Weltlage. Der Aufstieg Chinas wird selbstbewusst vorgestellt, nach den Fähigkeiten der EU und Deutschlands selbstkritisch gefragt und die neue Strategie Russlands nüchtern vorgestellt. Um Tschechiens Sicht auf den Ukrainekrieg und die Präsidentschaft von Pedro Castillo in Peru geht es im WeltBlick. Der Kommentar diskutiert die Spannungen um Taiwan.

WeltTrends, Potsdam 2022 | ISBN 978-3-947802-90-6

## Am nuklearen Abgrund

Die Karibik-Krise im Oktober 1962

Raimund Krämer

Am 14. Oktober 1962 entdeckten Aufklärungsflugzeuge der USA sowjetische Raketen auf Kuba. Zwei Tage später erhielt US-Präsident John F. Kennedy die Fotos. Er bildete sofort eine Gruppe von hohen Regierungsbeamten und Militärs, das Exekutivkomitee (ExComm) des Nationalen Sicherheitsrates. 90 Meilen vor der eigenen Haustür baute der Gegner Mittelstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen auf. Nikita Chruschtschow, der starke Mann in Moskau, wollte im nuklearen Schach des Kalten Krieges einen strategischen Zug machen. Kennedy, der von Anfang an im Inland wie auch im Ausland dem Verdacht der Schwäche ausgesetzt war, wollte das nicht akzeptieren. Er verkündete am 22. Oktober 1962 eine Seeblockade. US-Kriegsschiffe schlossen einen Ring um Kuba. Der Armada sowjetischer Schiffe standen in der Karibik die Kriegsschiffe der US-Navy gegenüber. Fünf Tage später, am 27. Oktober, schien der Konflikt zu eskalieren; der Kalte Krieg drohte zum heißen zu werden. Kurz darauf, am Morgen des 28. Oktober war die Krise gelöst. Die UdSSR verkündete, dass die Raketen sofort abgezogen werden. Um dies so schnell wie möglich zu übermitteln, wurde Radio Moskau genutzt. Die Erklärung ging über den Äther. Chruschtschow hatte darum gebeten, dass sie „weich“ und „nicht ultimativ“ verlesen werde. Unverschlüsselt und unmissverständlich kam sie in Washington an. Die Krise führte nicht zum nuklearen Schlagabtausch, der Weltfrieden war gerettet. Fidel Castro erfuhr davon zusammen mit dem Rest der Welt am folgenden Tag aus den Nachrichten. Er tobte vor Wut.

### Warum stationierte die UdSSR Raketen auf Kuba?

Bereits am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte jener Zustand begonnen, den Bernard Baruch 1947 einen „Kalten Krieg“ zwischen der UdSSR und den USA genannt hatte. Die neue Dimension der Auseinandersetzung bestand darin, dass es ein nuklearer Wettkampf war. Es gab eine Waffe, mit der die Menschheit vernichtet werden konnte: die Atombombe. Bis 1949 verfügten die USA über das Monopol. In der UdSSR arbeitete man fieberhaft daran, dieses zu brechen. 1949 wurde die erste sowjetische

Atombombe gezündet, 1953 die erste Wasserstoffbombe. Jedoch verfügten die USA – im Unterschied zur UdSSR – zu jener Zeit über die Träger, eine Bomberflotte. Und sie begannen, ein Netz von Militärbasen um die Sowjetunion zu legen, wo diese Bomber stationiert wurden. Die Sowjets zogen nach, mit Mittelstreckenraketen und dem *Sputnik*. Am 4. Oktober 1957 waren die USA schockiert, ein sowjetischer Satellit umkreiste die Erde. Die Sowjetunion zeigte, dass sie das Territorium der USA mit Raketen erreichen konnte.

Anfang der 1960er Jahre stationierten die USA neue Mittelstreckenraketen in der Nähe der UdSSR: in Italien 25 Jupiter-Raketen und in der Türkei 26. Chruschtschow konterte mit einer sowjetischen „Superbombe“, die die Sprengkraft von 2.500 Hiroshima-Bomben hatte. Aber es blieb das Problem des Transports. Die USA besaßen mehr Langstreckenbomber und Basen rund um die UdSSR. Die gewachsene sowjetische Atomstreitmacht hatte wenige Möglichkeiten, das Gebiet der USA zu erreichen. In dieser Situation eröffnete sich für die UdSSR die Chance, 90 Meilen vor der Haustür des Gegners, auf Kuba, Raketen zu stationieren. Die Idee sei Chruschtschow auf der Krim gekommen. Ende Mai 1962 unterbreitete man in Havanna das Angebot. Am 10. Juni wird in Moskau nach kubanischer Zusage die Entscheidung getroffen.

### Wieso nahm Kuba das sowjetische Angebot an?

Nachdem Castro 1959 die Macht in Havanna übernommen hatte, verschlechterten sich die Beziehungen zu den USA stetig. Im Oktober 1960 erklärte US-Präsident Eisenhower das Embargo, Ende Oktober wurde der US-Botschafter abgezogen und schließlich wurden am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Im April 1961 intervenierten von der CIA massiv unterstützte kubanische Exilkräfte in der Schweinebucht. Die USA griffen nicht ein. Am Abend des 19. April verkündete Castro den Sieg. Die USA reorganisierten danach die Aktionen gegen Kuba. Es ging klar um einen *regime change*. Im Februar 1962 war der Fahrplan dafür fertig: „*Cuba Project*“, ein Programm zum Sturz Castros. Am 15. Oktober 1962 startete ein Landemanöver in der Karibik. Manöverziel: Sturz des Tyrannen *Ortsac* – Castro rückwärts buchstabiert.

In dieser Situation bot die UdSSR der kubanischen Führung diese Raketen an. Sie bedeuteten zwar eine (neue) Abhängigkeit von einer

Großmacht, aber boten Sicherheit vor dem (erwarteten) Angriff der USA. Die kubanische Führung stimmte zu. Dies war ein zweites Motiv Moskaus, auf das später der sowjetische Außenminister Gromyko verwies: der Schutz der kubanischen Revolution. 35 Jahre später wird Castro globaler argumentieren. Man wollte der UdSSR im strategischen Wettbewerb helfen: „Wenn es den Interessen des sozialistischen Lagers dient, sind wir bereit, 1.000 Raketen auf der Insel zu installieren“. Castro wollte die Vereinbarung zügig öffentlich bekannt geben. Ja, hieß es aus Moskau, aber erst im November, wenn die Operation abgeschlossen sei. Bis dahin sollten mit der Operation *Anadyr* die Mittelstreckenraketen vom Typ R-12 und R-14 und circa 50.000 sowjetische Soldaten nach Kuba gebracht werden. Dies bei größter Geheimhaltung; was auch gelang – bis zum 14. Oktober. Auf der Insel lief der Aufbau der Rampen auf Hochtouren: Am 4. Oktober war die erste Startrampe fertig, am 25. Oktober 1962 waren alle drei R-12-Regimenter mit 36 Raketen einsatzbereit. Die R-14-Raketen mit größerer Reichweite waren noch unterwegs – sie kamen nie in Kuba an.

### Wie reagierten die USA?

Im Sinne der Monroe-Doktrin sahen die USA eine Verletzung der regionalen Sicherheit durch eine „fremde Macht“. Im ExComm wurden Antworten diskutiert: Etliche Berater befürworteten einen schnellen Luftangriff. Die Unwahrscheinlichkeit, alle sowjetischen Raketen sofort zu vernichten, ließ Kennedy davon Abstand nehmen. Am 22. Oktober 1962 trat er an die Öffentlichkeit: „Die Sowjets haben plötzlich und geheim auf Kuba Raketenbasen eingerichtet (...). Das ist eine außerordentliche Gefahr für die Sicherheit der Americas.“ Kennedy argumentierte, dass die USA zwar auch Raketen auf anderen Territorien stationieren, dies jedoch nicht geheim getan hätten. Ein Sechs-Punkte-Plan werde jetzt umgesetzt; dessen erste Maßnahme war die Seeblockade über Kuba, nach internationalem Recht ein Kriegsakt.

In den folgenden Tagen wurden Briefe (!) zwischen Washington, Moskau und Havanna geschickt: Von Chruschtschow an Kennedy, dass die Raketen nicht offensiv seien und die USA erklären sollten, Kuba nicht anzugreifen; von Castro an Chruschtschow, dass die US-Intervention komme, das kubanische Volk bereit sei zu kämpfen und ein präventiver Schlag der UdSSR legitim wäre. Von Chruschtschow





Ende Oktober 1962: Der sowjetische Frachter Anesow, beladen mit Raketen, verlässt Kuba; die US-Marine beobachtet.

an Castro, dass es um den Weltfrieden gehe und Kuba viel Geduld haben solle. Von Kennedy an Chruschtschow, dass die USA nicht auf Kuba intervenieren, wenn die sowjetischen Raketen auf Kuba abgezogen würden, und man danach über die eigenen Raketen in der Türkei nachdenken werde.

### Höhepunkt und Abschluss

Nach dem Abschuss eines U-2-Flugzeuges am 27. Oktober drängten die Militärs auf eine militärische Aktion. Kennedy zögerte. Er suchte den Kompromiss und schickte erneut seinen Bruder Robert los. Am Abend des 28. Oktober traf dieser den sowjetischen Botschafter Dobrynin in einer Bar in Washington: Entweder die Raketen würden umgehend abgezogen oder die USA führten am kommenden Tag einen militärischen Schlag. Dieses *statement of fact* zeigte Entschlossenheit. Chruschtschow erkannte dies und handelte sofort.

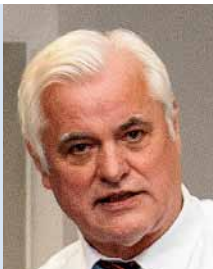
Am Ende sicherte Kennedy zu, nicht in Kuba zu intervenieren. Zunächst am 27. Oktober 1962 in einem Brief an Chruschtschow, dann

über UN-Generalsekretär U Thant an Fidel Castro. Daran hielten sich die USA. Es gab danach zwar Sabotageakte, Attentatsversuche auf Castro, ein Wirtschaftsembargo (bis heute), aber keine militärische Intervention.

### Gewinner oder Verlierer?

Der Schock der Raketenkrise saß tief. Das Bewusstsein um die Gefahren von Politik im Atomzeitalter stieg, jedoch blieb der Irrsinn des nuklearen Wettlaufs. Er sollte nun kontrollierter erfolgen. Es kam zu einem besonderen Verhältnis zwischen beiden Supermächten in Atomfragen. Man installierte ein rotes Telefon, um gefährliche Situationen direkt besprechen zu können und versuchte gemeinsam, weitere Atommächte zu verhindern. Das Abkommen über den Stopp von Atomwaffentests 1963 war ein Resultat dieser Politik, die jedoch langfristig keinen Erfolg haben sollte.

Nach dem Schock kam das Aufatmen, weltweit. Danach erklärten sich alle zum Sieger. Verhandlungen seien das Gebot der Stunde und beiderseitiges Entgegenkommen führe zur Verständigung. Kennedy meinte: „Man sollte nicht versuchen, sich als Sieger und den anderen als Besiegten hinzustellen. Gewonnen haben wir beide. Gewonnen hat die ganze Welt.“ Wir sollten heute sowohl die Lehren, die nach dem Oktober 1962 gezogen wurden, als auch jene, die man nicht zog, wie die generelle Abschaffung der Nuklearwaffen, in der internationalen Politik beherzigen. 🌐



**Prof. Dr. habil. Raimund Krämer**

geb. 1952, Politikwissenschaftler, von 1990 bis 2017 Dozent/apl. Professor für internationale Politik an der Universität Potsdam. Chefredakteur der Zeitschrift *WeltTrends*, Senior Research Fellow und Mitglied im Vorstand des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik, Potsdam.

[kraemer.institut@welttrends.de](mailto:kraemer.institut@welttrends.de)

# Deutsche Eidechsenhirne & russische Raketen

Seit Februar kämpfen russische Soldaten auf ukrainischem Territorium. Gegen ihre slawischen Brüder und Schwestern. Und deren Verbündete im Westen. Crome meint, die USA und die NATO haben beide Seiten in diesen Krieg getrieben, um Russlands militärische und wirtschaftliche Ressourcen zu ruinieren.

Aber die Sanktionen des Westens sind selbstmörderisch und nicht die einzige Idiotie dieses kollektiven Verbrechens: Die Ziele etwa bei der Begrenzung der Erderwärmung sind nicht mehr zu erreichen ...

Der Politikwissenschaftler Crome kritisiert die Kriegsrhetorik auf beiden Seiten und die vorgeblich gesinnungsethischen Intentionen in der BRD. Und er warnt: Eventuell stehen wir vor einer globalen Katastrophe.

Erhard Crome  
**Russlands ukrainischer Krieg**  
Die Ursachen und seine Folgen

edition ost  
192 Seiten, broschiert  
17,00 €  
ISBN 978-3-89793-350-7

Zu beziehen im Buchhandel,  
über Internet-Verkaufsplattformen  
und natürlich auch über  
**verlag@edition-ost.berlin**






---

Packer, George (2021):  
Die letzte beste Hoffnung.  
Zum Zustand der Vereinigten Staaten.  
Rowohlt, Hamburg,  
256 Seiten, 26 Euro.

---

„**W**hat confronts the American people as they approach the twenty-first century“, schrieb der Wissenschaftsjournalist Norman Cousins in seinem Buch „*The Pathology of Power*“ (1987), „is the truth of one of the best-known axioms on human behavior: ‚Power tends to corrupt; absolute power corrupts absolutely.‘“ Wer den Zustand der USA zu beschreiben versucht, kommt auf Begriffe wie Chaos, Entfremdung, Krisen, Polarisierung, Spaltung und Zorn. Der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021, bemerkt *CNN*, brachte die Erleuchtung, dass die Demokratie vielleicht nicht ewig ist. Damit nicht genug. Jüngst fragte der *Stern* „Wer stoppt Trump?“ und *The Economist* titelte „The Disunited States of America“. Sind die USA in einem bemitleidenswerten

Zustand? Hier setzt der US-Journalist George Packer in seinem fulminanten Essay an und formuliert gleich zu Beginn: „Ich bin Amerikaner. Nein, ich will kein Mitleid.“ Packer, der für *The Atlantic* schreibt, hat den Trend der USA in zwei aufsehenerregenden Artikeln dargestellt: *We are living in a Failed State* (Juni 2020) und *Are We Doomed?* (Dezember 2021). Den optimistisch anmutenden Titel seines neuen Buches „*Die letzte beste Hoffnung*“ weiß Packer zu erklären. Die USA seien kein „Licht für andere Völker“ mehr. Ein Blick in den Spiegel offenbart: Ein instabiles Land und politische Institutionen, deren Fortbestand in Frage steht, ein Volk, das in einander bekriegende Fraktionen zerfalle und zu Gewalt neige – „die Art von Land also, deren Rettung wir stets für unsere Aufgabe hielten.“ „Uns aber“, fährt Packer fort, „wird niemand retten kommen. Unsere letzte beste Hoffnung sind tatsächlich wir selbst.“

Der Umgang mit der Pandemie habe ein Schlaglicht auf die Talfahrt aller sozialen und wirtschaftlichen Kennzahlen, auf jede institutionelle Schwäche, jeden blinden Fleck und jedes Vorurteil geworfen. Das Versagen sei von der politischen Spitze ausgegangen und von dort sickerte es in die gesamte Gesellschaft ein.



Anschließend bemüht Packer einen ebenso spannenden wie streitbaren Vergleich: Wie Frankreich 1940 seien auch die USA des Jahres 2020 mit einem Zusammenbruch konfrontiert, der so fundamental war, dass er weit über eine einzelne Führungspersönlichkeit hinausreichte. Deshalb die berechnete Frage: Auf was kann sich die Gesamtheit der Nation noch verständigen? Der Blick auf die Problemzonen zeigt: auf recht wenig. Ob groteske Ungleichheit, das Versagen der politischen Klasse, die Korruption, der Populismus oder das Gesundheitssystem (das Budget für Gesundheitsämter auf Bundes- und Landesebene wurde nach 2008 um 15 Prozent gekürzt; 55.000 Stellen wurden gestrichen) – die Verwerfungen nehmen zu. „Sobald Politik zum Identitätskampf wird, zum Krieg verfeindeter Stämme, kann sie zu einem tödlichen, kaum entrinnbaren Teufelskreis werden“, resümiert Packer treffend. Selbst der Republikaner Bill Kristol räumt im *Stern*-Interview ein: „Der Extremismus hat unsere Gesellschaft durchdrungen.“ Packer fasst die Gründe für die Spaltung der USA in einem Satz zusammen: „Die Ungleichheit hat den gemeinsamen Glauben daran untergraben, dass die Amerikaner eine erfolgreiche Alles-für-alle-Demokratie

schaffen können.“ Vier Narrative, vier Amerikas identifiziert Packer: das *Freie Amerika*, das politisch einflussreichste der vier, knüpfe an libertäre Ideen an, „die es in den hochdrehenden Motor des Konsumkapitalismus injiziert“. Die Außenpolitik war „durchtränkt“ von der Vorstellung der Einzigartigkeit und dem missionarischen Impuls, der Welt Freiheit zu bringen. Das *Smarte Amerika* sei kosmopolitisch, für Freihandel und Deregulierung, politisch bei den Demokraten und steht für Veränderung. Das *Wahre Amerika* sei religiös, evangelikal und fundamentalistisch, stark nationalistisch und außenpolitisch gekennzeichnet durch die desaströsen Kriege in Irak und Afghanistan. Kurzum: „Was mit Sarah Palin begann, wurde von Trump vollendet.“ 2014 habe sich der Charakter der USA verändert. Für Anhänger des *Gerechten Amerikas* sei das Land ein Ort dauerhaften Unrechts, das es zu bekämpfen gilt. Die Stichworte sind: Rasse, Sklaverei, *Critical Race Theory* und Identitätspolitik.

Was ist nur los mit den USA? Wer dieser Frage auf den Grund gehen möchte, wird in diesem originellen, anregenden und exzellent geschriebenen Buch fündig.

*Majd El-Safadi, Berlin*




---

Smith, Helmut Walser (2021):  
 Deutschland. Geschichte einer Nation.  
 Von 1500 bis zur Gegenwart. C. H. Beck,  
 München, 667 Seiten, 34 Euro.

---

Die Lektüre der gut 600 Seiten starken Geschichte der deutschen Nation des US-amerikanischen Historikers Helmut Walser Smith von der Vanderbilt University in Tennessee erfordert Ausdauer. Es sind die langen Linien, die der Experte für Antisemitismus und Religionsgeschichte des 19. Jahrhunderts aufzeigen möchte. Seine Erzählung beginnt um das Jahr 1500, am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, und reicht bis in die Gegenwart. Das mag überraschen, schließlich setzen herkömmliche Darstellung von Nation und Nationalstaat zumeist im 18. Jahrhundert ein, konzentrieren sich auf die Nationalbewegungen des langen 19. Jahrhunderts und kulminieren in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts.

Davon hebt Walser Smith sich ausdrücklich ab. Indem er etwa die verbreitete Annahme, erst die Ideologie des Nationalismus habe die

Nation hervorgebracht, relativiert, oder vor einer Überhöhung des Krieges als Katalysator der Nationswerdung warnt – ohne dabei freilich die Bedeutung von Nationalismus und Krieg in Abrede zu stellen, was schon daran deutlich wird, dass dem „Zeitalter des Nationalismus“ von 1815 bis 1914 mit Abstand der meiste Platz im Buch eingeräumt wird.

Was man bei Walser Smith hingegen vergeblich sucht, ist eine präzise Definition, was er eigentlich unter Nation versteht. Einerseits sei die Nation, natürlich, kein ewiges Phänomen der Geschichte; andererseits aber eben auch keine Erfindung der Moderne.

Stattdessen rekuriert Walser Smith ausführlich auf verbindende Elemente wie Sprache, Erlebnis- und Erfahrungsräume und religiöse Zugehörigkeiten beziehungsweise Abgrenzungen. Auch zeitgenössisches Kartenmaterial sowie Reisehandbücher sind eine wichtige Quelle bei der Erfassung eines Zusammengehörigkeitsgefühls, welches für ihn die spätmittelalterliche Nation konstituiert.

Walser Smith argumentiert mit variablen Vorstellungen von Gemeinschaft, für die er den Nationsbegriff übernimmt. Die Nation wird so zu einer Art kleinster gemeinsamer Nenner zeitgenössischer Erfahrungs- und

Erlebniswelten. Das alles ist oftmals lehrreich, hinterlässt jedoch auch eine gewisse Ratlosigkeit angesichts der Beliebtheit der Analysekategorie. Treffender wäre es, von einer Geschichte der deutschen Völker zu sprechen, welche im 19. Jahrhundert staatlich fassbar in der Gründung des Deutschen Reiches mündet.

Zur tödlichen Ideologie wurde der Nationalismus für Walser Smith erst während des Ersten Weltkrieges, der die Begründung für das Opfer des eigenen Lebens lieferte. Bis 1914 hingegen sei der Nationalismus eine zwar wichtige, aber keineswegs die dominante Ideologie in Deutschland gewesen; alternative Formen der Identifikation, etwa regionaler oder sozialer Natur, seien nicht minder wirkmächtig gewesen. Erst im Krieg sowie in den Nachkriegsjahren erreichte der Nationalismus seine politische und gesellschaftliche Zerstörungskraft, die darauf abzielte, ganze Gruppen innerhalb der eigenen Nation auszugrenzen und schließlich nach 1933 zu eliminieren.

War der Tod in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Bestandteil des „Gesellschaftsvertrags“ der Nation, könnte das heutige Deutschland davon kaum weiter entfernt sein. Stattdessen stehe das Land mittlerweile für politische Stabilität, Wirtschaftswachstum und

militärische Zurückhaltung. Dem zerstörerischen Nationalismus der Vergangenheit sei ein „empathischer Realismus in Bezug auf Zugehörigkeit“ nachgefolgt. Doch erkennt Walser Smith auch in der deutschen Friedfertigkeit eine bemerkenswerte Kontinuität: Empirisch betrachtet sei Deutschland auch im 18. und 19. Jahrhundert eine Friedensmacht gewesen; sowohl Frankreich als auch Großbritannien und sogar Österreich-Ungarn hätten mehr Kriegsjahre und Kriegstote erlebt als die aufgrund ihrer Mittellage vermeintlich so verwundbare deutsche Nation.

Harald Walser Smiths Geschichte der deutschen Nation ist auf den ersten rund 200 Seiten beziehungsweise für den Zeitraum 1500 bis 1800 eine lesenswerte Kultur- und Mentalitätengeschichte sowie eine Fundgrube für all jene, die an den komplexen Verästelungen des Alten Reichs interessiert sind. Mit Eintritt ins nationale Zeitalter ändert das Buch seinen Charakter und wird zu einer politischen Geschichte des deutschen Nationalstaats. Eine klare Definition der Analysekategorien sowie deren Bedeutungswandel über die Jahrhunderte hätte diese Trennlinien womöglich etwas weniger abrupt gestaltet.

*Florian Keisinger, München*

## Geopolitisches Wunschdenken

Erhard Crome

**B**undeskanzler Scholz hat in der Prager Karls-Universität eine Rede zur Europäischen Union gehalten. In dieser aber geschieht nichts ohne Symbolik. Die Römischen Verträge 1957 wurden im Saal der Horatier und Curiatier unterzeichnet, an der Wand ein Monumentalgemälde, wie Romulus und Remus, die Gründer von Rom, entdeckt wurden, darunter eine Riesenstatue von Papst Innozenz X. Der „Konservatorenpalast“ steht am Kapitolsplatz, in dessen Mitte die Reiterstatue von Kaiser Marc Aurel. Die EWG von 1957 hatte mit den Mitgliedstaaten Italien, Frankreich, den Benelux-Staaten und der BRD die Ausmaße des Reiches von Karl dem Großen, der im Jahre 800 in Rom zum Kaiser gekrönt wurde.

Olaf Scholz versucht es ebenfalls mit Geschichte. Er erklärt Prag zu einem „Europa im Kleinen“ und Kaiser Karl IV. zum geborenen „Europäer“. Der hatte 1348 die Prager Universität gegründet. Allerdings war dies nicht nur die erste Universität in Mitteleuropa, sondern bis 1882 auch die älteste deutsche Universität, bis diese im Zuge des Sprachenstreits in Österreich in zwei Universitäten aufgeteilt wurde, eine deutsche und eine tschechische. Karl IV. war kein Vorläufer der EU, sondern Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches“, Prag dessen Hauptstadt. Das Königreich Frankreich war damals Feind des Deutschen Reiches betreffs Hegemonie auf dem Kontinent. Das ebenfalls mächtige Königreich Polen wollte von einer Dominanz des Deutschen Reiches nichts wissen, das Königreich Ungarn achtete streng auf seine Eigenständigkeit. Karl IV. ist kein Säulenheiliger für eine EU im Sinne von Rom, sondern für ein deutsches Europa.

Scholz erklärt ganz offen, dass es nicht um demografische, wirtschaftliche oder ethische Begründungen geht, sondern um „die geopolitische Dimension“. In diesem Sinne sollten „die Ukraine, die Republik Moldau, perspektivisch auch Georgien“ und die sechs Staaten des Westbalkans „zu uns gehören“. In der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts müsse die EU mit den USA zurechtkommen, auch mit China konkurrieren. So müsse „das Gewicht des geeinten Europas noch viel stärker zur Geltung“ gebracht werden. Es brauche „eine geschlossen handelnde Europäische Union“. Nun dürfte die Weltkonkurrenz mit China kaum Interesse von Kroatien oder des Westbalkans sein. Es handelt sich um die kaschierte



Interessenlage Deutschlands als geoökonomische Macht mit globalen Interessen, vor deren Karren die anderen EU-Staaten sowie die Beitrittsländer gespannt werden sollen. Die Ukraine als deutschen Einflussraum hatte schon Kanzler von Bethmann Hollweg im Sinn. Kanzler Scholz stellt sich in diese Tradition, das Wachsen der EU in Richtung Osten sieht er als Gewinn.

Zur Zukunft der EU hat Scholz vier Vorschläge präsentiert. Dazu will er in der Außenpolitik „schrittweise zu Mehrheitsentscheidungen“ übergehen. So müsste er das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, was wiederum einstimmig beschlossen werden müsste. Dazu müssten auch Orbán aus Ungarn und Polens Kaczynski zustimmen. Zweitens plädiert Scholz für „europäische Souveränität“. Dass diese weltpolitischen Ambitionen, darunter „nachhaltige Freihandelsabkommen“ mit dem globalen Süden, ein Problem Deutschlands sind, nicht aber der kleineren EU-Staaten, ist offensichtlich. Drittens meint er, die EU müsse ihre „Reihen schließen“, weil Putins Russland Krieg in der Ukraine führt. Ob es angesichts dessen gelingt, die inneren Widersprüche der EU zu kaschieren, dürfte fraglich sein. Am Ende plädiert Scholz für eine europäische Fiskalpolitik. Das war aber bereits in der Finanzkrise Vehikel deutschen Hegemonialstrebens.

Auf der Pressekonferenz am Ende des Scholz-Besuchs sagte Ministerpräsident Petr Fiala, er habe der Rede des Bundeskanzlers an der Karls-Universität nicht beiwohnen können. Zur Änderung von Entscheidungsverfahren, von der Einstimmigkeit wegzukommen, müsse er jedoch sagen: „Die Tschechische Republik ist in diesem Sinne sehr zurückhaltend. Wir nehmen diese Bemühungen wahr. Wir hören auch auf die Argumente im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung und der Aktionsfähigkeit.“ Jedoch sei „die Position Tschechiens in diesem Falle sehr zurückhaltend und vorsichtig.“ Mit anderen Worten: Scholzens Anmutungen wurden bereits zeitnah vor Ort dementiert. 🌐

**Dr. habil. Erhard Crome**

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, geschäftsf. Direktor des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik

[crome.institut@welttrends.de](mailto:crome.institut@welttrends.de)



Beim Wort genommen:

„Zwei Gockel auf einem Mist ...“

... vertragen sich nicht.“

## Wahlkampf à la USA

„Donald Trump und die MAGA-Republikaner repräsentieren einen Extremismus, der die Grundfesten unserer Republik bedroht. ... Sie schauen auf Amerika und sehn Gemetzel, Dunkelheit und Verzweiflung. Sie verbreiten Angst und Lügen – Lügen, die für Profit und Macht erzählt werden.“

US-Präsident Joe Biden

Philadelphia, Pennsylvania, 1. September 2022

„Er (Biden) ist ein Staatsfeind, wenn ihr die Wahrheit wissen wollt. Der Feind des Staates ist er und die Gruppe, die ihn kontrolliert und um ihn herum kreist. Tu dies, tu das, Joe. ... Das FBI und das Justizministerium sind zu böartigen Monstern geworden, die von linksradikalen Schurken, Anwälten und den Medien kontrolliert werden.“

Ex-US-Präsident Donald Trump

Phoenix, Arizona, 4. September 2022

KK & LK

Paolo Calleri / toonpool.com



**Hiermit bestelle ich**

- ☐ ein **Jahresabo** (12 Hefte und PDF) zum Preis von 58,- €
- ☐ ein **ermäßigtes Abo** (12 Hefte und PDF) zum Preis von 48,- €  
(Studierende, Rentner, ALG-II-Bezieher)
- ☐ ein **Institutionenabo** (12 Hefte und PDF) zum Preis von 98,- €
- ☐ ..... Expl. der **Ausgabe** Nr. .... zu je 5,80 €

Die Preise verstehen sich incl. MwSt, zzgl. Vertriebskostenanteil.

- ☐ ein **E-Abo** (12 Hefte als PDF) zum Preis von 28,- €

Für Auslandssendungen wird ein gesondertes Porto erhoben.

*Zahlung erfolgt per Rechnung, die Abonnements sind jederzeit kündbar.*

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
PLZ/Ort

.....  
E-Mail-Adresse

.....  
Datum / Unterschrift

Oder hier bestellen: [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de) | Fax 0331/721 2036 | [www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

Bitte  
ausreichend  
frankieren

**Welt Trends**  
MedienHaus Babelsberg  
August-Bebel-Str. 26-52  
D-14482 Potsdam



**Die nächste WeltTrends-Ausgabe: Nr. 193 | November 2022**

**Zeitenwende?**

Geoökonomische Veränderungen

Außenpolitik der Ampel – chinesische Sicht

Lateinamerika in den globalen Turbulenzen

**Weiterhin**

Kenia hat gewählt



» Gibt's das auch  
in digital? «



## WeltTrends im E-Abo

**Jetzt Preisvorteile nutzen!**

Elektronisches Abo abschließen und sparen.  
Auch als Kombi (Digital & Print) erhältlich.

**welttrends.de/abo**

